54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 373

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Sonnabend, 8. August 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Unterdrückung der Opposition im Zollkampf.

Die heutige zweite Lesung der Zollvorlage im Reichstag. – Die Mundtotmachung der Oppositionsparteien durch die Rechte und das Zentrum. – Stürmische Auftritte. – Eine Rede des Reichskanzlers.

Wirtschaftspolitik und Wissenschaft.

Zur zweiten Lesung der Zollvorlage.

Von (Nachdruck verboten.)

Staatsminister a. D. **Dr. Wendorff.**

Die Begründung der Reichsregierung für die in ihrer Wirkung auf die Lebenshaltung und das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes tief einschneidende „kleine Zollvorlage“ ist mit Recht als unzureichend bemängelt worden. Ihr sachlicher Wert steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Länge, die Beweisgründe für die Notwendigkeit erhöhter und neuer Zölle, das Eingehen auf die durch den Krieg und seine Folgen grundlegend veränderten Verhältnisse werden nicht beigebracht. Unter diesen Umständen hat die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion mit vollem Recht und allem Nachdruck auf die Berufung einer Agrar-Enquete-Kommission gedrungen, der es obliegen sollte, das Versäumte nachzuholen, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken und damit dem Reichstage eine feste Grundlage für seine wichtigen Entschließungen zu geben. Spät, zu spät ist dem Antrage entsprochen worden, eine Kommission berufen, ihr aber von vornherein eine zeitliche Beschränkung auf eine Woche Arbeitsdauer vorgeschrieben. Die Parteien hatten sich inzwischen meistens schon handelspolitisch festgelegt; die Kommission selbst hatte keinen Einfluß auf die Auswahl der vorgeladenen Sachverständigen, die zugleich überwiegend Interessenten waren; unter den Mitgliedern selbst befanden sich Persönlichkeiten, welche von bestimmten Interessentengruppen abhängig waren; die Eile brachte es mit sich, daß die Kommission überanstrengt werden mußte und wichtige Fragen nicht genügend geklärt wurden und ungelöst blieben. Immerhin ist es als grundsätzlicher Fortschritt anzusehen, daß wenigstens der Versuch einer sachlichen Untersuchung unternommen wurde, und es bleibt nur dringend zu wünschen, daß für die Vorbereitung des eigentlichen Zolltarifs rechtzeitig ein entsprechend zusammengesetzter Ausschuß mit ausreichenden Zuständigkeiten einberufen wird, der in Ruhe, Sachlichkeit und möglichster Vollständigkeit die gesamten Fragen behandeln und beantworten kann. Zum Vergleich darf darauf hingewiesen werden, daß die englische Königliche Untersuchungskommission für Lebensmittelpreise vom Dezember 1924 bis zum März dieses Jahres getagt und wichtiges Material zusammengetragen hat.

Der entscheidende Einfluß wird in einer solchen Kommission der objektiven Wissenschaft, also in erster Reihe den staatswissenschaftlichen Hochschulprofessoren, eingeräumt werden müssen, und das um so mehr, als die wirtschaftlichen Interessenverbände je länger je mehr Nationalökonomen in ihren Dienst genommen haben und ihre wirtschaftlichen Belange mit staatswissenschaftlichen Gründen zu umkleiden bemüht sind.

Die Unabhängigkeit der Wissenschaft und der Lehrer ist ein öffentliches Interesse ersten Ranges, und insofern hat der Streit zwischen dem Universitätsprofessor Geheimrat Sering und dem Privatdozenten Dr. Ritter von der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung, und es soll deshalb kurz auf ihn eingegangen werden. Sering hatte in seiner bekannten neuesten Schrift „Agrarkrisen und Agrarzölle“ ausgeführt: es werde Ritter von Berufsgenossen vorgeworfen, daß er auf den Titeln seiner Schriften seine Stellung als Referent der Hauptlandwirtschaftskammer unterdrückt habe. Ritters Tätigkeit als Referent der Hauptlandwirtschaftskammer sei gewiß nicht weniger notwendig und ehrenhaft als die des Rechtsanwalts. Er schließt wörtlich: „In vielen Ländern geht bekanntlich das Richteramt aus der Anwaltschaft hervor. Aber nirgendwo würde das Urteil über einen Anwalt auseinandergehen, der, während er die Interessen seines Mandanten vertritt, im Gelehrtentalar auftritt und so der umstehenden Volksmenge seine Unparteilichkeit vortäuscht.“ Dr. Ritter erwiderte in der Deutschen Tageszeitung“ sehr heftig, Sering habe ihn „leichtfertig der Gesinnungslumperei“ beschuldigt, den gleichen Vorwurf könne man dann jedem Hochschullehrer machen, der als Mitglied einer politischen Partei einem Parlament angehöre. Dieser Vergleich hinkt auf allen Füßen, denn die Herren nehmen doch zu politischen Fragen in Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit oder im Zusammenhang mit ihrer Stellung, von einem Verschweigen der Parteizugehörigkeit ist also gar keine Rede.

Nach allem wird sich die öffentliche Meinung in Deutschland mit Nachdruck hinter die Forderung Serings stellen, daß Hochschullehrer unter allen Umständen mit offenem Visier kämpfen müssen. Die Unabhängigkeit der deutschen Wissenschaft und ihrer Lehrer ist ein hohes Gut, das unangetastet bleiben muß.

Durchpeitschung des Zolltarifs.

Die heutige Reichstagssitzung.

Eine erregte Geschäftsordnungsdebatte.

P. H. Der Kampf um die Zollvorlage hat begonnen. Ein großer Tag im Reichstag im wahrsten Sinne des Wortes. Die gesamte Reichsregierung mit Reichskanzler Luther an der Spitze hat sich am Regierungstisch eingefunden. Das Haus selbst ist überaus stark besetzt. Die Regierungsparteien sind fast vollständig vertreten, aber auch die Linksparteien sind in starker Besetzung anwesend.

Einige Minuten nach 10 Uhr eröffnet Reichstagspräsident **Löbe** unter ungeheurer Spannung die Sitzung. Er teilt mit, daß die **Regierungsparteien einschließlich des Zentrums einen Antrag eingebracht haben, wonach die Redezeit zur Zollvorlage insgesamt auf vier Stunden für jede Partei beschränkt werden soll.** (Großer Sturm links.) Der Präsident fährt fort, nach diesem Antrag soll bei der allgemeinen Aussprache die Redezeit eine Stunde, bei der Besprechung der **Agrar- und Industriezölle** einschließlich der Tarifsätze **zwei Stunden, für alle anderen Teile der Vorlage zusammen eine Stunde** betragen. (Stürmische Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Abg. **Müller-Franken** von den Sozialdemokraten steigt auf die Treppe, die zum Rednerpult führt. Höhnend meint er, daß es bezeichnend sei, daß **keine von den Rechtsparteien diesen Geschäftsordnungsantrag zu begründen** wage. Müller-Franken weist darauf hin, daß bei den Aufwertungsgesetzen seine Fraktion sich an der sachlichen Behandlung beteiligt habe. Aber so etwas wie dieser Geschäftsordnungsantrag bei der zweiten Lesung war noch nicht da und stehe in der Geschichte des deutschen Reichstags einzig da. **Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen durch stürmischen Beifall zu.** Müller-Franken erklärt, daß dieser Antrag herausgeboren sei aus rein materiellen Interessen der Regierungsparteien, möglichst rasch die Zölle zu erreichen, und er spricht das Wort von der **parlamentarischen Korruption.** Die Rechtsparteien springen auf und protestieren.

Nach Müller-Franken kommt Abg. **Stöcker** von den Kommunisten. Natürlich einen Ton schärfer. Er weist auf die Ueberrumpelungstaktik der Regierungsparteien hin, und er meint, diesen Antrag müßten selbst die Zentrumsarbeiter als eine Verhöhnung auffassen.

Nun endlich rafft sich Herr **Dr. Scholz** von der Deutschen Volkspartei auf, eine Erklärung abzugeben. Man merkt ihm an, daß er innerlich sehr erregt ist. Er meint, daß dieser Antrag der Mehrheitsparteien keine Verletzung der Geschäftsordnung sei. Als er dann fortfährt, es sei doch im **Ausschuß Zeit genug gewesen, die Dinge zu behandeln, und das Plenum des Parlaments sei nicht dazu da, alles wiederzukauen,** da bricht ein **ungeheurer Sturm des Protestes** erneut los.

Abg. **Koch**-Weser, der Führer der demokratischen Fraktion, hat nunmehr das Wort, und — das kann man ruhig objektiv feststellen — er hat das Ohr des Hauses. Er wies darauf hin, daß die demokratische Fraktion sowohl bei den Aufwertungsgesetzen als auch bei den Steuergesetzen den ernsten Willen bekundet hat, sachlich zu diskutieren und jede Obstruktion zu vermeiden. Er wies weiter darauf hin, daß man auch der Sozialdemokratie nicht vorwerfen könne, daß sie von der sachlichen Opposition etwa zur Obstruktion übergegangen sei. Um so unangenehmer und empfindlicher berühre **dieser Antrag, der tatsächlich eine gründliche, sachliche Beratung der Zollvorlage unmöglich mache.** (Stürmische Zustimmung links.) **Es sei ganz unmöglich, in zwei Stunden alle schweren Bedenken gegen die Zollvorlage und auch gegen die** Ausschußbeschlüsse geltend zu machen. Die Regierungsparteien hätten kein Recht, und namentlich nicht der Abg. Dr. Scholz, sich auf die Ausschußverhandlungen zu berufen, weil ja die Regierungsparteien sich an den Ausschußberatungen so gut wie gar nicht beteiligt haben. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Es habe also eine gründliche Aussprache überhaupt noch gar nicht stattgefunden und der Zweck jeder parlamentarischen Diskussion sei doch, Gründe und Gegengründe vorzubringen. Die Einschränkung der Redezeit steht dem nun entgegen. Der demokratische Redner machte mit Recht auch eingehend auf die geschäftsordnungsmäßigen Bedenken aufmerksam. Es sei außerordentlich bedenklich, diese Vorlage in vier Teile zusammenzufassen. Wohl könne nach der Geschäftsordnung eine Verbindung einzelner Bestimmungen erfolgen, wenn man aber jetzt den Tarif in zwei Teile zerlege, so sei das in Wirklichkeit eine Ersetzung der Spezialdebatte durch eine Generaldebatte. Das widerspreche dem Sinn der Geschäftsordnung. Abg. Koch wies darauf hin, daß er noch einmal in letzter Stunde die Regierungsparteien warnen möchte. Das deutsche Volk muß ein Ventil für die Volksleidenschaften im Reichstag haben. Das könne nur durch eine eingehende sachliche Behandlung geschehen. Unter stürmischem, minutenlangem Beifall rief der demokratische Abgeordnete den Regierungsparteien zu: „Sie übernehmen jetzt eine Verantwortung, die ungeheuer ist und um die ich Sie nicht beneide.“

Der nächste Redner ist der Abg. **Koenen** von den Kommunisten. Noch einmal nimmt er auf das schärfste gegen die Regierungsparteien Stellung, nennt sie Zollwucherer und Zollräuber und bekommt dafür einen Ordnungsruf. Sehr energisch spricht dann der sozialdemokratische Abgeordnete **Dr. Breitscheid,** der die Ausführungen des Volksparteilers Scholz zurückweist. Er wolle hier nicht über formale Dinge sprechen, sondern darauf hinweisen, daß es sich bei der Zollvorlage um ein Gesetz handle, das nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für das ganze deutsche Volk von der allergrößten Bedeutung sei. Dr. Breitscheid charakterisiert dann noch einmal die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuß, wo sie bereits passive Resistenz getrieben haben, und er wendet sich dann an das Zentrum; ob es auch nicht einmal das Zentrum für nötig halte, sich mit den sachlichen Vorschlägen im Aeltestenrat zu beschäftigen. In die Zollvorlage sei ein Ermächtigungsgesetz eingearbeitet worden, durch welches das Parlament ausgeschaltet wird. Der Redner ruft dem Zentrum zu: „Sie wollen doch eine Verfassungspartei sein, meine Herren vom Zentrum. Wollen Sie auch die Verletzung der Verfassung mitmachen? Ja wollen Sie uns nicht einmal Gelegenheit geben, hier im Plenum über dieses Ermächtigungsgesetz und über diese Verletzung der Verfassung zu diskutieren?“ (Stürmische Zustimmung.) Unter ungeheurer Erregung schließt Dr. Breitscheid mit den Worten: **„Wir haben es hier mit einer Diktatur, mit einer Entente zu tun, die unter der Führung des Grafen Westarp steht.“**

Das Zentrum sitzt betroffen da. Herr Fehrenbach verhandelt mit seinen Freunden. Die Rechtsparteien protestieren gegen die Ausführungen Breitscheids. Der Kommunist Koehnen meint, daß die Regierungsparteien für die Zollvorlage etwa dieselbe Zeit zur Verfügung stellen wollen, wie sie für die Uniformfrage benötigt worden sei.

Die Spannung steigt. **Fehrenbach** vom Zentrum spricht. Er könne die leidenschaftlichen Töne, die hier angeschlagen worden seien, nicht verstehen. Große Unruhe links. Fehrenbach stellt fest: Die Zollvorlage sei notwendig, damit die Regierung in die Lage versetzt werde, Handelsverträge abzuschließen. Es sei weiter physisch unmöglich, den Reichstag noch länger zusammenzuhalten. (Stümische Heiterkeit und Zwischenrufe links.) Es handle sich ja auch nicht um ein Dauerwerk, sondern nach zwei Jahren müsse eine andere Zollvorlage kommen. Im übrigen, was das Ermächtigungsgesetz angehe, so sei ja die Ermächtigung an die Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses gebunden. Selbstverständlich neue Unruhe und neuer Sturm links. Und dann bringt es der Abgeordnete Fehrenbach wirklich fertig, zu behaupten, die Zollvorlage sei im Hauptausschuß ausgiebig behandelt worden! **Dann erklärt Fehrenbach noch, daß an irgend eine Aenderung der Zollvorlage im Plenum nicht zu denken sei. Es sei ausgeschlossen, daß die Mehrheit durch die Gegengründe bekehrt würde. Ende nächster Woche müsse man fertig werden.** Wolle man den Plänen der Kommunisten folgen, so müsse man noch den September hinzunehmen. Auf die Argumente des demokratischen Redners Koch und des sozialdemokratischen Redners geht Fehrenbach nicht ein. Die Geschäftsordnungsaussprache ist geschlossen.

Der kommunistische Abgeordnete **Stöcker beantragt Vertagung des Reichstages für eine Stunde,** um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Geschäftsordnungsantrag der Mehrheitsparteien Stellung nehmen zu können. Der Präsident läßt über den Vertagungsantrag für eine Stunde abstimmen. **Der Antrag wird gegen die Stimmen der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt.** (Lebhafte Pfuirufe links.) Nun wird über den **Antrag der Mehrheitsparteien, die Redezeit auf vier Stunden für alle Fraktionen zu verkürzen,** abgestimmt. **Die gesamten Regierungsparteien** — einige wenige Zentrumsabgeordnete ausgenommen — **stimmen für den Antrag des Grafen Westarp. Minutenlang tobt nun ein ungeheurer Entrüstungssturm durch das Haus.**

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Luther, der dann das Wort erhält, wird mit ungeheurem Lärm und vielen Zurufen von der Linken, namentlich von den Kommunisten, empfangen. Die Glocke des Präsidenten Löbe schafft notdürftig Ruhe. Als der Kanzler jedoch beginnt, setzt der Lärm erneut ein, so daß die ersten Sätze der Rede des Reichskanzlers in dem Tumult verloren gehen. Präsident Löbe erteilt eine ganze Anzahl von Ordnungsrufen. Abg. Stöcker (Komm.) erhält wegen gegen den Reichskanzler gerichteter Zurufe einen zweimaligen Ordnungsruf. Abg. Könen (Komm. ruft dem Reichskanzler zu: Der Oberräuber hat das Wort, und erhält dafür sofort einen Ordnungsruf. Für weitere Zurufe „Oberräuber“, „Zollräuber“ werden noch verschiedene kommunistische Abgeordnete, darunter der Abg. Torgler, zur Ordnung gerufen, ehe die ersten Worte des Reichskanzlers so durch den Lärm dringen, daß sie im Hause verständlich sind.

Der Reichskanzler führt aus:

Von den drei großen Gesetzgebungswerken, die eine feste Grundlage für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft geben sollen, hat der Reichstag in angestrengtester Arbeit der Ausschüsse und des Plenums die Aufwertungs- und die Steuergesetze verabschiedet. Auch andere bedeutungsvolle gesetzgeberische Arbeiten, besonders auf sozialpolitischem Wege, sind vollbracht worden. So groß die gesetzgeberischen Leistungen sind, so darf ich im Interesse der Beschaffung geschlossener Grundlagen für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft das Hohe Haus doch um Erledigung auch der Zollgesetzgebung in dieser schwer belasteten Tagung bitten. Die Zollgesetzgebung unterscheidet sich von den beiden anderen großen wirtschaftlichen Gesetz-

gebungswerken dadurch, daß sie nur als vorläufig zu betrachten ist. Weder läßt der Stand der inneren Vorbereitungsarbeiten noch der derzeitige nicht genügend durchsichtige Zustand der Weltwirtschaft eine Erledigung der Zolltage auf längere Frist zu. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ausdrücklich auf die Zeit bis zum 31. Juli 1927 begrenzt. Die Reichsregierung wird unter Fortführung der bereits seit langem in Gang befindlichen Vorarbeiten und im Zusammenwirken mit dem Reichswirtschaftsrat und mit dem Reichstagsausschuß, der die Ihnen bekannte Entschließung des handelspolitischen Ausschusses vorgeschlagen hat, dafür Sorge tragen, daß sobald wie irgend möglich, dem Reichstag ein endgültiges Zolltarifgesetz zur Beratung unterbreitet wird. Es wird jetzt überhaupt noch nicht die grundsätzliche Entscheidung über das zukünftige deutsche Zolltrecht auf lange Zeit hinaus getroffen, sondern es soll jetzt nur geschehen, was die Gegenwart unbedingt erfordert. Wenn so der vorliegende Gesetzentwurf nur einen vorübergehenden Charakter trägt, so ist doch seine sofortige Erledigung zum Abbau der aus der Kriegszeit stammenden Ein- und Ausfuhrverbote und namentlich wegen der im Lauf befindlichen Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen erforderlich. Deutschland muß, nachdem das System der einseitigen Meistbegünstigung endlich fortgefallen ist, sich schnellstens von der Politik einer obrigkeitlichen Regelung der Ein- und Ausfuhr abwenden und **zum System der Handels- und Zollverträge zurückkehren.**

Als der Reichskanzler dann ausführt, die Regierung nehme bei ihrer Gesetzgebung Rücksicht auf die Lebenslage der arbeitenden Massen, kommen von den Kommunisten laute Rufe: „Er verhöhnt die Hungernden noch!" Andere laute Zurufe werden vom Präsidenten Löbe durch Ordnungsrufe an die kommunistischen Zwischenrufer gerügt. In dem allgemeinen Lärm unterbricht der Reichskanzler seine Rede mit der an die Kommunisten gerichteten Wendung: „Das deutsche Volk ist wirklich beklagenswert." Die Kommunisten ergänzen diese Worte lärmend und erregt gestikulierend mit dem Rufe: „Daß so einer Reichskanzler ist!" **Viele Kommunisten stürmen die Treppe zum Rednerpult heran** und rufen dem Reichskanzler laut in gleichmäßigem Rhythmus zu: „Abtreten! abtreten! Weg mit ihm!"

Präsident Löbe, der fortwährend die Glocke schwingt, kann sich erst nach einigen Minuten verständlich machen. **Er droht den Kommunisten Ausweisung aus dem Saale an,** wenn sie nicht sofort die Plätze wieder einnehmen. — Darauf tritt einigermaßen Ruhe ein, und der Reichskanzler fährt fort.

Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die die allgemeine Verarmung der breiten Massen der Käufer für die Wirtschaft gebracht hat. Er betont die Notwendigkeit, die Kaufkraft zu stärken und die Preise zu senken. Um die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern, **habe sich die Reichsregierung jetzt entschlossen, die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Prozent am 1. Oktober zu bewilligen.** (Abg. Dr. Herz (Soz.): Und gestern haben Sie unsern dahingehenden Antrag abgelehnt!) Wir haben bei den früheren Senkungen der Umsatzsteuer leider eine entsprechende Preissenkung nicht beobachten können. Jetzt aber muß sie erwartet werden, denn durch die gestern verabschiedeten neuen Steuergesetze sind die Voraussetzungen dafür geschaffen. Man kann jetzt nicht mehr sagen, daß die Einkommensteuer aus der Substanz bezahlt wurde. Darum legen wir auch so großen Wert darauf, daß die Zollvorlage im Anschluß an die Steuervorlagen verabschiedet wird.

Der Reichskanzler geht dann kurz auf den **Zolltarif** ein und betont, daß die meisten Positionen autonom sind, also bei den Handelsvertragsverhandlungen verändert werden. Es habe darum gar keinen Sinn, an der Höhe dieser Positionen Kritik zu üben. Im übrigen handle es sich auch nur um eine vorläufige Regelung bis zum 31. Juli 1927. Der Reichskanzler schließt unter tobendem Lärm der Kommunisten mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die schleunige Verabschiedung des Zolltarifs zur Gesundung der deutschen Wirtschaft und zur Herbeiführung normaler Handelsbeziehungen mit der Welt beitragen möge.

Die Kommunisten begleiten den Schluß mit langanhaltendem Pfui!-Rufen, die Sozialdemokraten zischen.

Als der Sturm beendet war, nimmt der sozialdemokratische Abgeordnete **Wels** das Wort zur Geschäftsordnung. **Die Rede des Reichskanzlers könne nicht unwidersprochen bleiben;** es sei unmöglich, sie im Rahmen der Redezeit zu behandeln; die Fraktionen müßten aufgerufen zu der Kanzlerrede Stellung nehmen, und deshalb **beantrage er, daß die Verhandlungen zum Zwecke von Fraktionsberatungen auf zwei Stunden ausgesetzt würden.** Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung lagen nicht vor. Und nun erwartete man, daß wenigstens das Zentrum dem begreiflichen und durchaus berechtigten Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion Rechnung tragen würde. Es wäre nicht viel gewesen, wenn das Zentrum wenigstens das konzediert hätte, eine Geste, aber sie hätte vielleicht Beruhigung verschafft. Aber **auch hier versagte das Zentrum. Die gesamten Rechtsparteien stimmten geschlossen gegen die Vertagung, für die die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten eintraten.** Also auch das Zentrum verweigerte im Verein mit den Rechtsparteien etwas, was sonst durchaus üblich im Parlament ist. Kein Wunder, daß auf der linken Seite dem Zentrum vor allem Pfuirufe zugeschleudert wurden.

Dr. Hilferdings Oppositionsrede.

Unter großer Erregung nahm dann als erster Redner der sozialdemokratische Abgeordnete **Dr. Hilferding** das Wort. Er erklärte, daß er einen Satz, den der Reichskanzler gesprochen habe, unterschreiben könne, nämlich: „Das deutsche Volk ist beklagenswert." Ja, das deutsche Volk ist beklagenswert, wenn man an das denkt, was sich hier im Reichstag heute abgespielt hat. Der sozialdemokratische Redner erklärt, die wirtschaftliche Krise könne nur dann überstanden werden, wenn Deutschland es verstehe, gegenüber den anderen Mächten seine Veredlungsproduktion zu verwerten. Der grundsätzliche Fehler der gegenwärtigen Handelspolitik sei, daß diese Politik nicht hinausgehe auf die Förderung der Veredlungsproduktion, sondern wiederum nur die Produktion der Rohstoffe fördere, obwohl seit 1902 die weltwirtschaftlichen Verhältnisse einen grundlegenden Wandel erfahren haben. Es sei **ein Unglück für die deutsche Produktion, daß die Rechtsparteien durch die Einführung der Getreidezölle die Kosten der deutschen Produktion steigern. Eisenzölle und Getreidezölle seien eine Sünde wider den Geist der volkswirtschaftlichen Entwicklung.** Es sei erforderlich, daß Deutschland nicht selbst durch eine Schutzzollpolitik die Grenzen für seine Wirtschaft noch mehr erengere und sich vom Weltmarkt absperrt. **Der jetzige südwestliche Zolltarif bedeute eine sückenlose Erhöhung** aller Preise. Der Redner schätzt die Belastung der Konsumenten durch den vorliegenden Zollentwurf auf etwa 1¼ Milliarden Mark. Den Arbeiterführern des Zentrums, sagte Hilferding, es müsse ihnen doch klar sein, daß die durch die jetzige Steuer- und Zollpolitik gesenkten Reallöhne nur gehoben werden könnten durch schwere Arbeitskämpfe. Müßten sich da die Zentrumsgewerkschaftler nicht sagen, daß alle diese furchtbaren Opfer ihren Gewerkschaften hätten erspart werden können, wenn sie jetzt nicht diese Zoll- und Steuerpolitik mitgemacht hätten. Diese ganze Handelspolitik sei doch nicht durch die Notwendigkeit geboten gewesen, sondern sie sei nur eine innenpolitische Folgerung aus einer falschen Reichspräsidentenwahl. Der Reichskanzler habe gesagt: „Handelspolitik lasse sich mit der Sozialdemokratie nicht machen". Bezeichnenderweise habe sich das Zentrum diesem Spruch des Reichskanzlers gefügt. Reichskanzler Luther fragt: Wo soll ich denn das gesagt haben? Abgeordneter Dr. Herz zuft: Haben Sie ein so schlechtes Gedächtnis, das haben Sie doch in der ersten Regierungserklärung gesagt. Der Reichskanzler schweigt darauf. Abg. Hilferding erklärt, die Regierungsparteien würden jetzt ihre Handelspolitik zu treiben, daß **wiederum alle Nachbarn Deutschlands zusammengebracht werden zu einer wirtschaftlichen Einkreisung Deutschlands,** die ungeheuer gefährlich werden könnte. Die Regierungsparteien wüßten den Gründen, die die Sozialdemokraten vorgebracht haben, und die von der Wissenschaft unterstützt würden, nichts entgegen zu setzen. Hilferding schloß unter stürmischem Beifall mit den Worten: Sie schneiden uns die Redefreiheit ab, wir werden draußen reden! Wir gehen aus dieser Debatte als moralische Sieger heraus, wir werden in kurzer Zeit auch die wirklichen Sieger sein.

Inzwischen war im Hause bekannt geworden, daß die Führer der Zentrumsfraktion die Fraktion selbst über die Art der Taktik, die eingeschlagen worden ist, gar nicht unterrichtet haben. **Fehrenbach hat seine Fraktion einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt.** Allgemein aufgefallen ist es, daß der frühere Reichskanzler Marx, der gegen Mittag allerdings im Hause gesehen wurde, an den aufregenden Verhandlungen im Plenarsitzungssaal nicht teilgenommen hatte. Die Taktik der Regierungsparteien bezw. ihrer Führer ging offenbar dahin, die Herren von rechts glaubten, daß nach Annahme ihres Strangulierungsvertrages die Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal verlassen und sich an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen werden. Sie hatten dann die **Absicht, bereits heute die zweite und dritte Lesung zu erledigen und den Reichstag zu vertagen.** Diesen Gefallen haben ihnen aber die Sozialdemokraten und Kommunisten erfreulicherweise nicht getan, so daß es **sehr fraglich ist, ob heute die zweite Lesung beendet werden kann.** Inzwischen ist auch der Antrag der Regierungsparteien zur Umsatzsteuer eingegangen, wie wir heute morgen bereits in der Morgenausgabe berichtet haben, wird der Antrag bei der Zollvorlage erledigt werden. Die Umsatzsteuer soll von 1½ auf 1 Prozent ab 1. Oktober 1925 herabgesetzt werden.

Die Begründung der Mehrheitsparteien.

Der Zentrumsabgeordnete **Dr. Perlitius** hatte die Aufgabe übernommen, im Namen der Regierungsparteien eine lange Erklärung vorzulesen, in der die Zustimmung der Regierungsparteien zur Zollvorlage zu begründen versucht wird. In dieser Erklärung wird zum Beispiel gesagt, **die jetzige Vorlage sei das Ergebnis gründlicher, vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien!** Die Regierungsparteien hätten das Bestreben gehabt, einen gerechten Ausgleich zwischen den notwendigen Bedürfnissen der Erzeuger und den Lebensinteressen der Verbraucher zu finden. Vor allem hätte ie Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erstrebt werden müssen. **Die Gefahr einer gewissen Preissteigerung bestimmter Verbrauchsartikel sei allerdings nicht zu vermeiden gewesen.** Die Regierungsparteien erklären, daß durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer diese Steigerung wieder ausgeglichen werden soll. Etwa noch weiterhin entstehende Schwierigkeiten sollen durch die im Einvernehmen mit Reichsrat und Reichstagsausschuß beseitigt werden. In der Erklärung wird die Hoffnung ausgesprochen, daß mit diesem Zolltarif erfolgreich Bresche in die Hochschutzzollmauern der Vertragsgeber gelegt werden solle. Bis dahin wurde diese Erklärung der Regierungsparteien sehr ruhig angehört. Als nun aber zum Schluß Dr. Perlitius erklärte, **der Wille, eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen, habe die Regierungsparteien veranlaßt zu diesem Schritt, zwar ns Ungewisse,** da entsteht bei den Regierungsparteien **großer Lärm** und lebhafte Zurufe unterbrechen den Redner. Die Rechtsparteien und das Zentrum spenden lebhaften Beifall.

Dann spricht der kommunistische Abgeordnete **Hoernle** vor völlig leerem Hause. Er bezeichnet die Zollvorlage als den schamlosesten Betrug gegen die breite Masse. Die Rede des Reichskanzlers sei dürftig und nichtssagend gewesen.

Die Verhandlungen dauern fort.

Der Drusenaufstand.

Frankreichs Schwierigkeiten in Syrien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 8. August.

Ueber die letzten Ereignisse in Syrien meldet Havas aus Beirut: Nach Auskunft von autorisierter Stelle bestehen die Zwischenfälle, die sich bei den Drusen ereignet haben, in dem Ueberfall einer Kompagnie und der Bildung einer Kolonne, die infolge des Nichteintreffens ihrer Zufuhr auf Grund eines Angriffes der syro-malgachischen Truppen, die sie begleiteten, zurückgehen mußte. Heute am Freitag herrscht überall Ruhe. Verstärkungen sind angekommen. — Der erste Satz dieser amtlichen Mitteilung sieht ungefährlich so aus, wie eine neue Steuerverordnung, die für den Laien auch erst aus der Amtssprache in ein gemeinverständliches Deutsch übertragen werden muß. Ein von den Pariser Blättern veröffentlichtes Reuter-Telegramm aus Jerusalem erklärt dagegen, daß nach Nachrichten aus Aman der **Sultan Pascha-el-Atrasch die Angriffe der Snedia geleitet hat und daß er mehrere Tanks, Maschinengewehre, Geschütze und Flugzeuge erobert hat, sowie daß die Franzosen den südlichen Hauran geräumt haben.** Die meisten dieser Angaben werden vom „Petit Parisien" bestritten. Es wird erklärt, daß die französischen Truppen in Syrien überhaupt keine Tanks besitzen und daß es für die „Räuberbande" der Drusen nicht leicht sei, sich mehrerer Flugzeuge zu bemächtigen.

In der Oppositionspresse wird die Regierung wegen der Ereignisse in Syrien heftig angegriffen. Das „Echo de Paris" bringt einen längeren Artikel, in dem die Schuld für die französische Niederlage dem General Sarrail und vor allem dem jungen Gouverneur Carbillet zugeschrieben wird. Am 7. Juni sei Nessib-bey-Atrasch, begleitet von mehreren Führern syrischer Stämme, nach Damaskus gekommen und habe von dort aus um eine Unterredung mit General Sarrail gebeten, sie wollten ihn bitten, den Gouverneur Carbillet abzuberufen und an seine Stelle den Hauptmann Renault zum Gouverneur zu ernennen. Diese Bitte sei abgelehnt worden. Am 18. Juni seien die Führer der Stämme trotzdem noch einmal nach Beirut gekommen und hätten ihre Bitte wiederholt. Wiederum habe der General Sarrail die Abberufung verweigert, und diesmal hätte Nessip-bei-Atrasch ihm sagen lassen: „Gut, dann werden die Gewehre sprechen." Das „Echo de Paris" wirft dann dem Abgeordneten Brunet, der sich zu dieser Zeit in Syrien aufgehalten hat, vor, er habe nach seiner Rückkehr erklärt, daß die Lage in Syrien sehr günstig sei. Am 21. Juni habe dann der Aufstand der Drusen begonnen. Die Lage sei jetzt ernst und verlange schnelle und radikale Maßnahmen. Die Drusen seien etwa 60000 Mann stark und würden von den Arabern unterstützt, Dagegen seien die französischen Truppenbestände vollkommen unzureichend. Das „Echo de Paris" verlangt zum die sofortige Abberufung des Oberkommissars Ge Sarrail. Briand sei, wie der Verfasser des Artikels zu wissen will, für die sofortige Absetzung des Generals. Aber zögere noch. Ebenso scharf geht die kommunistische „Humanité" Sarrail vor. „Der General Sarrail," so heißt es dort, „ha den Krieg provoziert, den er seit mehreren Monat näckig und methodisch suchte. Die Konkurrenten der Banque und des Pays-Bas haben heute „ihr Geschäft". Das Blut Syrien seit drei Wochen. Der Imperialismus, vertreten durc Offiziere und durch einen General, ist verantwortlich für d gossene Blut. Die französischen Arbeiter und Bauern verlan sofortige Ende der syrischen Massakers. Sie verlangen die Ab der imperialistischen Mandate im nahen Orient."

*

Syrien mit den Städten Beirut, Damaskus, Aleppo, A Alexandretie wurde in dem 1916 zwischen England und reich abgeschlossenen geheimen Sykes-Picot-Vertrag Fr zugesprochen. Der Friedensvertrag von Sèvres löste das in dem Frankreich ja von jeher besondere Interessen ha der Türkei ab, und der Oberste Rat sprach es als Man A-Klasse Frankreich zu. Frankreich hat aber bisher Freude an Syrien erlebt. Schon die Organisation des mit seinem recht bunten Völkergemisch erwies sich als so Es ist heute ein Bundesstaat, der aus drei Länderstaa Eingeborenenregierungen und zwei autonomen Gebiet der Alauiten und der Drusen besteht. Es ist nicht d Mal, daß die Drusen revoltieren. Der frühere Oberko General Weygand ist von Herriot abberufen worden, seine Stelle den General Sarrail setzte. Dieser, der der Marne und bei der Expedition nach Griechenla gezeichnet hatte, stand seit seiner Verabschiedung 1908 in Opposition zu der Richtung Foch-Poincaré und hatte da abenteuer schonungslos kritisiert. Seine Ernennu Generalgouverneur, die für ihn eine Rehabilitation bede von den Blättern des Nationalen Blocks scharf bekämpft. So müssen auch die von der französischen Rechtspresse hohenen Angriffe verstanden werden. In Sarrails Pe keit scheint aber eine gewisse Gewähr dafür zu liegen. Ursprung dieser Unruhen ganz anders zu erklären ist, Marokkofeldzug. Während man annehmen kann, d Gouverneur von Marokko, General Lyautey, die Verleg der Spanier benutzte, um ein wenig im trüben zu fi in Syrien eine solche Provokation weniger wahrschein wird sich hier mehr um einen Ausbruch der Bestr handeln, die unterirdisch auf der ganzen arabischen L gären und die sich jetzt auch in den erneuten Angriffsplä Wahabiten bemerkbar machen.

Die österreichische Verfassungsreform

(Telegramm unseres Korrespondenten

e. Wien, 8. A

Gestern hat der Bundesrat die Verfassungs- un waltungsreform, die der Nationalrat verabschie ratifiziert. Der Föderalismus erhob zwar noch Haupt gegen diese stark föderalistische Verfassung und ne die Landeshauptleute von Tirol, Vorarlberg und Salzburg einen Vorstoß. Der Landeshauptmann von Tirol stellte fo Antrag auf Erhebung des Einspruches, er drang aber doch nicht damit durch, da nämlich ein Vertreter des La energisch zugunsten des Restes von Unitarismus der in der neuen Verfassung noch geblieben ist Die Gesetze einstimmig angenommen.

In derselben Sitzung hat der Bundeskanzler auf eine Anfra des bevorstehenden Zionistenkongresses eine ausführl wort erteilt, in der sich der entschlossene und selbstverständliche Regierung kundgab, für die ungestörte Abhaltung de gresses zu sorgen. Die Ziele des Zionismus seien so, daß keinen Grundhabe, ihnen entgegenzutreten, sondern es habe alle diese Bestrebungen zu fördern. Denn die starke Abwanderung juden nach dem Westen treffe gerade Oesterreich infolge seine phischen Lage. Die Regierung werde allen Teilnehmern des sämtliche Begünstigungen zuwenden, die bei derartig anstaltungen in allen Ländern gewährt werden.

Der Streit mit China.

(Telegramm unseres Korrespondenten

Washington, 8. A

Staatssekretär Kellogg, der britische, französische, japani schafter und der belgische Gesandte in Washington tauschten di fikationen des Washingtoner Abkommens ü offene Tür im fernen Osten aus. Kellogg notifi Ratifikation China und stellte ihm anheim, innerhalb Monaten die vorgesehene Konferenz in Peking einzube

Massenkündigung in der rheinischen Textilindustrie.

München-Gladbach, 8. August. (W.

Der Arbeitgeberverband der Textilindu len in München-Gladbach und Umgegend ließ in den Betri Bekanntmachung anschlagen, worin **die Einzelarbeits sämtlicher Arbeiter zum 22. August 1925 gekündigt** Zugleich wurde vorgeschlagen, die Verträge bis 24. Augu neuern, aber zu den **Lohnbedingungen des am 31. M abgelaufenen Tarifes,** vorausgesetzt, daß die Betriebe aufrecht erhalten bleiben können. Heute wurde den Arbe Kündigung überreicht. Arbeiter, die nicht bis zum 24. Aug sind, zu den Lohnsätzen des abgelaufenen Lohntarifes weit beiten, erhalten am 22. August ihre Entlassungspa Zur Stunde ist die Lage die, daß **40 000 Textilarbeiter Kündigung** stehen.

Budapest, 8. August. (Privat-Telegram ungarische Ministerrat hat in seiner gestrigen S **Aufhebung des Verbots des „Berliner Tageblat** schlossen.

L Paris, 8. August. (Privat-Telegramm.) Von d **Generalstab des französischen Heeres** herausgegeb schichtswerk über den Krieg ist jetzt Teil 10 erschienen, der Schlachtordnung der großen Einheiten handelt. Dieser Te aus zwei Bänden, deren erster die Zusammensetzung de Generalstabes der Armeegruppen, Armeen und Armeekorp Der zweite Band beschäftigt sich mit der Gruppierung fanterie- und Kavalleriedivisionen.

Die „Steuerreform" des Rechtsblocks.

Ein Triumph des Fiskalismus.

Als gestern dank der rücksichtslosen Ausnützung einer knappen Regierungsmehrheit der Gesamtkomplex der neuen Steuergesetze glücklich unter Dach gebracht worden war, durfte der deutschnationale Finanzminister v. Schlieben eine längere Reihe von Glückwünschen entgegennehmen. Sein sachverständiger Vorgänger, der heutige Reichskanzler Dr. Luther, eröffnete den Reigen, und Vertreter der drei Regierungsparteien schlossen sich ihm an. Ob freilich ihr Glückwunsch ganz aus dem Herzen kam, mag dahingestellt bleiben; die Wirkungen, die das neue Steuerwerk unfehlbar nach sich ziehen wird, werden ihnen die Erinnerung an diesen Moment des parlamentarischen Triumphs dereinst noch bitter verhängen. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß dieser sichtbare Ausdruck der Befriedigung doch nur einer gewissen Selbstüberwindung entsprang, denn die Mitteilung des demokratischen Abgeordneten Dr. Büll, daß Herr v. Schlieben die Zustimmung der ihm nahestehenden Parteien nur mit dem schärfsten Zwangsmittel der Rücktrittsdrohung erreicht habe, ist unwidersprochen geblieben.

Der Kampf, den die Demokratische Partei geführt hat, richtete sich vor allem gegen zwei schwere Fehler, mit denen die Schliebensche Steuerreform behaftet ist: Gegen die unerträgliche Belastung der Verbrauchermassen und gegen die unverantwortliche, weil mehr auf Anhäufung von Mitteln als auf Deckung tatsächlichen Bedarfs berechnete Steuererpressung aus der deutschen Wirtschaft. In zwei großen Reden, auf die Herr v. Schlieben jede eingehende sachliche Erwiderung schuldig geblieben ist, hat der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer nachgewiesen, daß das Erträgnis der neu beschlossenen Steuergesetze um Milliarden über den wirklichen Bedarf hinausgehen wird. Wir haben eine solche Ueberschußwirtschaft auch schon im letzten Haushaltsjahre erlebt, wobei freilich den verantwortlichen Stellen zugute kam, daß sich die Leistungskraft der deutschen Steuerzahler nach der Stabilisierung noch in keiner Weise übersehen ließ, und wir haben gesehen, in welcher Weise die gewaltigen Ueberschüsse des Reichsfiskus in verschiedenerlei Gestalt nur den Mächtigen des deutschen Wirtschaftslebens zugute kamen. Heute, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression, den Fiskalismus von neuem triumphieren zu lassen und Steuern zu bewilligen, die der Wirtschaft die Betriebsmittel entziehen und mit dessen das Kapital in den Reichskassen anhäufen, ist eine unverantwortliche Politik, der gegenüber es für die Demokratische Partei nur eine entschlossene Opposition geben konnte. Herr v. Schlieben selbst mußte gestern in seiner letzten Rede zugeben, daß die Schätzungen des Abgeordneten Dr. Fischer wohl das Richtige getroffen haben; denn er sagte ja, daß er sich für eine Minderung der Steuerlasten einsetzen werde, wenn sich die von dem demokratischen Redner angekündigten Ueberschüsse im Laufe der nächsten Monate einstellen würden. Die Parole heißt also: Erst einmal die Steuerschraube bis zum äußersten anziehen, — dann hinterher vielleicht die der Wirtschaft zuviel entzogenen Beträge wieder teilweise und zögernd, wie das so im bureaukratischen Verfahren vor sich geht, herausgeben.

Wie weit sich die Deutschnationalen mit der Zustimmung zu solchen Steuergesetzen von den Grundsätzen Helfferichs entfernt haben, braucht im Einzelnen kaum noch nachgewiesen zu werden. Es sei, als einziges Beispiel, nur ihre ablehnende Haltung gegen die Herabsetzung der Luxussteuern hervorgehoben; genau das Gleiche, was sie einst selbst in eigenen Initiativanträgen gefordert haben, haben sie jetzt, wo sie in der Regierung sitzen, niedergestimmt.

Ein besonders krasser Fall war das Manöver, das sich die Rechtskoalition mit dem Problem der Herabsetzung der Umsatzsteuer geleistet hat. Die Regierung war endlich durch Kompromißverhandlungen, die auf das Drängen der Arbeitervertreter des Zentrums zurückgingen, soweit gebracht worden, den allmählichen Abbau und vorläufig wenigstens eine Ermäßigung dieser unbilligen Steuer von 1¼ auf 1 Prozent zuzugestehen. Trotzdem wurde innerhalb des Komplexes der Steuerreform, wohin der sachliche Zusammenhang diesen Beschluß unbedingt verwiesen hätte, die Ermäßigung abgelehnt; sie soll vielmehr erst nachträglich kommen, nämlich nach der Annahme des Zolltarifs in Gestalt einer eigenen Gesetzesvorlage. Der Zweck dieser Taktik ist klar: Der Arbeiterflügel des Zentrums soll dieses Geschenk erst dann bekommen, wenn er sich seiner dadurch würdig erwiesen hat, daß er die landwirtschaftlichen Hochschutzzölle geschluckt hat. Krasser konnte sich die Politik des Eigennutzes nicht dokumentieren: Heute lehnt man eine als notwendig anerkannte Steuerermäßigung ab, um sie nach wenigen Tagen, wenn man inzwischen auf anderem Gebiete eine reiche Ernte eingeheimst hat, nachträglich in Gnaden zu bewilligen.

* * *

Ein bedeutungsloser Antrag.

Nachdem gestern die gesamten Steuergesetze verabschiedet worden waren, brachten am späten Abend die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum im Reichstag noch einen **Initiativantrag** ein, der einen einzigen, nämlich folgenden Paragraphen enthält: „Uebersteigt das Aufkommen aus der Lohnsteuer in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 oder später in einem Zeitraum von zwei aufeinanderfolgenden Kalendervierteljahren den Betrag von 600 Millionen Reichsmark, so hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Erhöhung der Abzüge bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Betrages herbeiführe." Dieser problematische Antrag hat natürlich praktisch gar keine Wirksamkeit und soll offenbar die Wählerschaft der Regierungsparteien über den wirklichen Charakter der gestern erledigten Steuergesetze hinwegtäuschen.

Annahme der Steuergesetze im Reichsrat.

Der Reichsrat nahm heute mittag sämtliche Steuergesetze in der gestern vom Reichstag beschlossenen Form an. Ein Einspruch gegen den Finanzausgleich ist nicht erfolgt. Gegen den Finanzausgleich stimmten lediglich die Vertreter Bayerns und Hessens.

Vorbereitungen zur Räumung Düsseldorfs.

Abzug der Franzosen bis zum 15. August?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Köln, 8. August.

Wie die „Kölnische Volkszeitung" sich aus Düsseldorf drahten läßt, trifft die dortige französische Besatzung Vorbereitungen zum Abmarsch. Die Familien vieler Offiziere sind nach dieser Meldung bereits abgereist. Im Krankenhaus der Besatzung Wilk wird eifrigst gepackt. Die Oefen, welche die Stadtverwaltung feinerzeit liefern mußte, sind zurückgegeben worden. Die Besatzungsvorräte an Heu und Kasernenmobiliar werden versteigert. Man rechnet damit, daß die Räumung bis zum 15. August vollzogen sein wird.

Dr. Zeigner begnadigt.

Eine Verfügung des sächsischen Justizministers.

Dresden, 8. August. (T. U.).

Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Erich Zeigner, der bekanntlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist im Wege der Einzelbegnadigung durch den Justizminister Bünger begnadigt worden. Am 30. August würde die Hälfte der von Zeigner abzubüßenden Strafzeit verflossen sein, da dieser Tag ein Sonntag ist, hat das Justizministerium veranlaßt, daß Zeigner bereits am 29. August aus der Strafanstalt Bautzen entlassen wird.

* Der preußische Minister des Innern hat **Ministerialrat Rathenau** als seinen Kommissar zu einer nochmaligen Besichtigung des Optantenlagers nach Schneidemühl entsandt.

Die Liquidation des Stinnes-Konzerns.

Die Stützungsaktion der Banken.

Die Liquidation des Stinnes-Konzerns hat, worauf in unserem Handelsteil schon wiederholt hingewiesen wurde, seit einiger Zeit eine Wendung genommen, die von den anfänglichen, ziemlich optimistischen Beurteilungen sowohl der Familie Stinnes wie auch des auf Einwirkung der Reichsbank gebildeten Bankenkonsortiums in ungünstigem Sinne abweicht. Die Schuldsumme, die ursprünglich auf zirka 155 Millionen Mark geschätzt wurde, hat sich auf 180 Millionen Mark erhöht (zum Teil infolge dazukommender Zinsen und notwendiger Lohnaufwendungen), während auf der anderen Seite der Realisationswert vieler Objekte des Konzerns infolge des inzwischen eingetretenen Rückganges der Börsenkurse sich nicht unerheblich verringert hat. Während man früher damit rechnete, daß dem Hause Stinnes nach Abtragung sämtlicher Schulden noch das alte Mülheimer Kohlenhandelsgeschäft verbleiben werde, ist man jetzt der Ansicht, daß eine volle Regulierung nur dann erreicht werden könne, wenn auch dieses Kohlenhandelsgeschäft für die Zwecke der Masse verwertet wird, und wenn durch eine ruhige, unforcierte Abwicklung der bisher noch nicht verwerteten Besitztümer eine Verschleuderung der noch vorhandenen Werte vermieden wird. Diese Veränderung der Situation, die auf den ersten Blick frappierend wirkt, wenn man daran denkt, daß noch vor wenigen Monaten das Substanzvermögen des Stinnes-konzerns auf eine Milliarde Goldmark geschätzt (aber offenbar überschätzt wurde), ist für alle Beteiligten, in erster Linie natürlich für die Familie Stinnes, aber auch für die an der Stützung beteiligten Banken nicht erfreulich, denn die Banken werden sich unter diesen Umständen darauf einrichten müssen, mit einem mehr oder weniger erheblichen Teile ihrer insgesamt auf 90 Millionen Mark bezifferten Stützungskredite für längere Zeit festgelegt zu bleiben, vielleicht sogar noch gewisse Ausfälle zu erleiden, wenn die vorhandenen Werte zur Deckung der Verbindlichkeiten nicht voll ausreichen sollten. Neuerdings ist nun davon die Rede gewesen, daß Mißhelligkeiten zwischen dem Stützungskonsortium und der Familie Stinnes ausgebrochen seien. Dazu wird gemeldet:

Zu den Aeußerungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" über Mißhelligkeiten zwischen dem Stützungskonsortium für den Stinnes-Konzern und der Familie Stinnes (die angeblich mit einer Konkursanmeldung droht D. Red.) erfährt das Wolffsche Telegraphenbureau von zuverlässiger Seite, daß vollkommene Uebereinstimmung in den Kreisen des Stützungskonzerns herrscht, daß das beste Einvernehmen zwischen dem Stützungskonzern und der Familie Stinnes besteht, und daß die Mitteilungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" jeder Grundlage entbehren.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Banken, die die ungesunde Expansion des Stinnes-Konzerns durch Gewährung von Krediten und sonstige Hilfsdienste unterstützt, die andererseits nicht rechtzeitig ihren Einfluß im Sinne einer Abtragung des übertürmten Konzerns geltend gemacht haben, nicht ohne Mitschuld an der jetzigen Entwicklung der Dinge sind. Auf der anderen Seite kann man ihnen aber kaum vorwerfen, daß sie die Stützungsaktion ohne Rücksicht auf die Allgemeininteressen und die Situation des Hauses Stinnes rein in selbstsüchtigem Interesse eingeleitet und durchgeführt haben. Ein Geschäft wird sich für die Banken aus dieser Aktion kaum ergeben, denn nachdem sich die Aussichten auf das Uebrigbleiben einer erheblichen Restmasse zerschlagen haben, haben die Banken kaum Aussicht, die von ihnen anfänglich vereinbarten als normal bezeichneten Zinsforderungen oder gar die in Höhe von 4 Prozent in Aussicht genommene Bereitstellungsprovision für die gewährten Kredite in voller Höhe oder auch nur zum Teil zu realisieren. Was die Familie Stinnes anlangt, so würde sich für sie bei einer Geschäftsaufsicht oder einem Konkurse zweifellos ein weit ungünstigeres Resultat ergeben als bei einer Weiterführung der Liquidation durch das Stützungskonsortium.

Rundfrage betreffs Erfahrungen

Von **Alfred Kerr.** [Nachdruck verboten.]

I.

Der Leiter eines literarischen Magazins schickt mir folgende Rundfrage: „Haben Sie schon eine Zeitschrift heraus — und welche Erfahrungen machten Sie?".

Will er lernen? Ich gab vor elf Jahren den „Pan" heraus. Die Erfahrungen: ich habe siebzehntausend ehrne Goldmark dabei mit Freuden zugesetzt. (Als ein lediger Junggesell).

II.

Erfahrung 2: — Komisch langjähriger Haß wegen abgelehnter Manuskripte.

Einer, dessen hartnäckige Sendungen wegen ihres Begabungsmangels haufenweis zurückgingen — er verlor später wegen Unfähigkeit seine Stellung als Feuilletonredakteur — läßt noch heut' seine Gelegenheit aus, um der eingepökelten Wut über dankend abgelehntes Luft zu machen. In matter Imitation. Es ist jedesmal zum Klettern.

III.

Erfahrung 3: Ein anderer, dessen Beiträge wegen ihres Zuschnittes ebenfalls freundlich zurückgeschickt wurden, ist heute ... Gesandter. In diesem Amt bleibt seine Beschaffenheit weniger nachweisbar.

Denkwürdiger Ausweg in ein Gebiet, welches zur Zeit des Kriegsausbruchs das gegen die Tenöre herrschende Vorurteil so sehr abgeschwächt hat. (Heut ist gewiß manches besser.)

IV.

Erfahrung 4: Für die einfachere Tätigkeit, Marken auf die Streifbänder zu kleben, war von der Verlagsleitung ein vierzehnjähriger Knabe verpflichtet worden, welcher die Arbeit gern unter dem Tisch sitzend vollzog.

Das Bild dieses Knaben, der dort saß und leckte, bleibt mir eine der dauerhaftesten Erinnerungen an den „Pan".

Wenn der geschäftliche Sozius hastig eintrat und fragte: „Wo ist das Personal?", sprach ich:

„Das Personal sitzt unter dem Tisch."

(Aber das wird den Urheber der Rundfrage nichts lehren.)

V.

Erfahrung 5: Der Herausgeber jeder Zeitschrift verbinde sich eine Handvoll begabter Kerle, die für ein freiheitliches Wunschziel durch Feuer gehen.

(Keinen Schuftklüngel für eine altzeitsche Richtung.)

VI.

Erfahrung 6: Im Ernst ergreifend werden für den Herausgeber (so war es wenigstens für mich) übersandte Verse. Noch wenn sie künstlerisch Kehricht sind.

Ich bekam sie jeden Tag. Aus jedem Nest. Es lag darin so viel Sehnsucht; so viel rankend schwärmerischer Wille — bei so vieler Verschwommenheit. Da meldet sich die Empfindung: Deutschland besteht aus Lyrikern.

Erst hiernach begreift man den Zustand unserer Politik.

VII.

Erfahrung 7: Die wichtigste für den Herausgeber eines Magazins liegt in folgendem:

Er muß gewärtig (und bereit) sein, es, ohne Zugeständnis, fast bis zum wirtschaftlichen Selbstmord zu halten.

Er muß lächelnd, aber unnachgiebig, zu sich selber sagen, was Bismarck zu dem künftigen Bulgarenherrscher Battenberg sprach: „Es wird Ihnen eine schöne Erinnerung sein."

Ja: eine der schönsten.

VIII.

(Dabei gibt es heute für siebzehntausend Goldmark eine Segeljacht.)

Studien von Böcklin.

In der Nationalgalerie ist eine Sammlung italienischer Landschaften ausgestellt, die Dr. Hans Wendland in Amerika aufgefunden und mit bewunderungswertem Scharfblick als Arbeiten von Arnold Böcklin erkannt hat. Unwillkürlich fragt sich der Fachmann in einem solchen Falle: „Hättest du auch...?" und gibt ehrlich zu: „Ich hätte vielleicht nicht..."

Es ist eine merkwürdige Sammlung. Da sind Veduten, wie sie in Italien und auch sonstwo für ein paar Mark verkauft und für einen Teil dieses niedrigen Preises produziert werden, und sie sind nicht besser, als diese Ware zu sein pflegt. Nicht einmal der große Name kann einen höheren Wert suggerieren. Da sind durchschnittliche Studien konventioneller Art, die man an anderer Stelle nicht ansehen würde. Und dann sind ein paar Stücke da, vor denen man ziemlich große Augen macht, einige energisch in der Farbe, andere mit fein erlauschten Zwischentönen, beide auf einen Maler deutend, der außerhalb der Konvention sucht.

Es ist ein guter Zufall, daß diese Dinge zusammengeblieben sind. Vereinzelt hätten sie sich verloren und wären nie erkannt worden. Das wäre kein Verlust an künstlerischen Werten gewesen, aber wohl an Dokumenten für die Entwicklung eines unserer großen Künstler und eines besonders eigensinnigen. Ja, eines unserer großen Künstler. Es macht nichts, daß Meyer-Gräfe ihn in einem unglücklichen Augenblick geleugnet hat — er hatte damals zu lange in Paris gelebt, was Deutschen leicht gefährlich wird —, und daß natürlich eine Masse kritikloser Kritiker hinter ihm hergelaufen sind. Das gibt höchstens, was man eine Pause im Nachruhm nennen könnte. Der stellt sich doch bei solchen schöpferischen Geistern wieder her, und man erzählt sich, daß Meyer-Gräfe selbst dabei ist, im Fall Böcklin etwas dazu beizutragen.

Der Künstler war, als er diese Dinge malte, dreiundzwanzig Jahre alt. Der größte Teil war Arbeit für die tägliche Makkaroni. Einiges war Studienarbeit, wie man sie von der Akademie gewöhnt war, konventionell und ein bißchen gelangweilt. Hier und da riß aber eine Erscheinung den jungen Menschen aus dieser Gleichgültigkeit heraus. Er wollte sich ein Erlebnis, eine flüchtige Erscheinung, ein Licht auf den Bergen, die unfaßbaren Töne einer Vegetation, merken. Und dann ist es ein frisches Auge, das sieht, nicht mehr touristisch und sozusagen fremd, auf die äußere Form hin, sondern auf das Leben dieser Natur, das Licht dieser Sonne. Es will einer die Natur beherrschen lernen.

Böcklin hat dann eingesehen, daß er auf diesem Weg nicht zu seinem Ziele kam. Er hat nie wieder Studien gemalt. Es kam die Zeit, in der er die Natur nur noch mit den Augen eintrank, um dann frei mit allem, was in ihn eingegangen war, zu schalten, um eine eigene Welt neben der Wirklichkeit zu schaffen. Wie merkwürdig, daß man in einer Zeit, die es bis zum Ekel wiederholt, daß Kunst nicht Nachahmung der Natur sei, aber zu schwach ist, eine andere zu verwirklichen, gerade diesen Maler ablehnt, der das konnte!

Es steht in allen Böcklin-Biographien, daß er niemals Studien gemalt hat. Das Interesse dieser Arbeiten — der wenigen guten, aber auch einzelner Stellen in den anderen — liegt darin, daß uns wie er doch von der Einsicht in das, was für ihn recht war, den üblichen Weg versucht hat. Man kann die Keime seiner Kunst hier finden. Er tastet aus der gelernten Malerei heraus und sucht kräftigeren Ausdruck für das Leben der Natur, das er fühlt.

Fritz Stahl.

* **Spanische Aerzte in Deutschland.** Die auf einer Studienreise durch Deutschland befindlichen 35 spanischen Aerzte besuchten am Mittwoch Köln; sie besichtigten die Jahrtausend-Ausstellung, die Krankenanstalten, die Farbwerke Leverkusen. Die Stadt gab ihnen einen Empfang im Rathause. — Von hier ging die Reise nach Hamburg, wo das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten besichtigt wurde. Der Bakterielogie Joime Ferran hat einen Vortrag über Impfung gegen Tuberkulose in Aussicht gestellt.

* **Philharmonische Konzerte.** Mit der Ausgabe der Abonnementskarten für die kommende Spielzeit ist bereits begonnen, und zwar kommen die Plätze: Saal, Reihe 1—30, Nr. 1—18, Prof. Seiten und Mittelbalkon bei A. Wertheim, Leipziger Platz, alle übrigen Plätze bei Bote u. Bock, Leipziger Straße 37, gegen Vorlegung des Berechtigungsscheines zur Ausgabe. Ebenso findet Verkauf von Abonnements für die Voraufführungen statt.

Die Ankunft der Oesterreicher.

„Großdeutsche Republik der Zukunft."

Ein Auftakt zur Verf ssu gsfeier. — Ansprache Löbes.

Das wolkenbruchartige Gewitter, das heute früh über Berlin tobte, hatte die Empfangsvorbereitungen für die österreichischen Gäste zur deutschen Verfassungsfeier nicht beeinträchtigen können. Hunderte von Reichsbannerkameraden, an ihrer Spitze der Reichstagspräsident Löbe und der Gauvorstand, fanden sich auf dem Anhalter Bahnhof ein, um die Freunde aus dem deutschen Bruderlande zu begrüßen. **Der Vorplatz des Bahnhofs war mit schwarzrotgoldenen Fahnen würdevoll geschmückt,** der Bahnhof selbst trug nicht die Farben des Deutschen Reiches, auch das Herumtragen von Plakaten, auf denen informierende Mitteilungen für ankommende Reichsbannerleute enthalten waren, war verboten worden!

Pünktlich um 9 Uhr 5 Minuten lief der Wiener Schnellzug in den Bahnhof ein. Mit einem kräftigen „Frei-Heil" wurden die deutsch-österreichischen Freunde begrüßt, die sich in den ersten Wagen, winkend und Mützen schwenkend, etwa 100 an der Zahl, zusammendrängten. Dann entstiegen **die Gäste** dem Zuge und wurden zunächst **durch Handschlag vom Präsidenten Löbe, dem Gauvorsitzenden Koch und anderen Führern des Reichsbanners begrüßt.** Eine junge Dame überreichte jedem der Gäste einen prächtigen Blumenstrauß. Die Oesterreicher formierten sich alsdann in Reih und Glied und marschierten durch das von der Bahnverwaltung geöffnete ehemalige „Fürstenzimmer" auf den seitwärts des Bahnhofs belegenen Vorplatz, auf dem inzwischen Hundertschaften des Reichsbanners und eine Kapelle Posto gefaßt hatten, die die Ankommenden mit den Klängen des Reichsbannermarsches empfing. Die ernste Erscheinung der österreichischen Republikaner fiel allgemein auf. Die strammen, stattlichen fast durchweg älteren Männer, denen man die harten Kriegsjahre noch heute von den Gesichtern ablesen konnte, waren vollkommen schwarz gekleidet. Ein Teil trug schwarze Lederjacken, die anderen waren in schwarzen Wollblusen erschienen. Schwarze Schirmmützen bedeckten den Kopf. Die Mützen waren außer mit den eigenen Landesfarben durchweg zu Ehren der Gastgeber mit einem breiten schwarzrotgoldenen Bande geschmückt. Die Männer, die in der Mehrzahl dem Eisenbahnerberuf angehören, vollführten die in österreichischer Form gegebenen Befehle mit großem Schneid. Sie trugen eine prachtvolle, **blumengeschmückte schwarzgoldene Fahne** mit sich. Vom Reichsbanner und hernach vom Publikum beim Marsch durch die Straßen wurden die „schwarzen Gestalten" aus dem Freundesland herzlichst begrüßt.

Von der Rampe des Vorplatzes aus sprach zunächst der Gauvorsitzende des Reichsbanners, Koch (Berlin), die Begrüßungsworte. Er hieß die Kameraden im Namen des Gauvorstandes willkommen und fuhr fort:

„Wir wissen, welch schweres Opfer Sie auf sich genommen haben, um an unserer Verfassungsfeier teilzunehmen, und wollen deshalb versuchen, Ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Tausende von anderen Kameraden in Oesterreich hatten den Wunsch, mitzufeiern. Leider war es ihnen nicht möglich, die Mittel aufzubringen. Doch wir sind gewiß, daß sie im Geiste bei uns weilen und daß der Gedanke, dem wir anhängen, bei ihnen erstarkt wird durch die Eindrücke, die Sie, verehrte Kameraden, von Berlin nach Wien mitnehmen. Sie werden morgen gemeinsam mit uns ein Volksfest feiern, das hoffentlich recht bald das **Volksfest der gesamten deutschen Nation** sein wird, die Feier des Geburtstages unserer Weimarer Verfassung. Wir betrachten Sie heute schon als ein Glied des großen Ganzen und dokumentieren es damit, daß Sie sich einreihen in unsere Formation. Ich hoffe, daß die Tage Ihres Hierseins Tage der Freude sein werden, die Sie stärken in dem Kampfe, den Sie mit uns gemeinsam zu führen haben, um ein großes Deutschland zu schaffen. Im Sinne eines Deutschlands, das als freies Land im Rat der Völker dazu beitragen helfen wird, den Frieden zu fördern und den Aufstieg der Menschheit zu sichern!"

Der hübsche österreichische Gruß „Freundschaft" wurde jubelnd aufgenommen, und nun sprach **Reichstagspräsident Löbe,** mit starker Stimme und sichtlich bewegt:

„Im Namen des Reichsausschusses des Reichsbanners und zugleich im Namen des österreichisch-deutschen Volksbundes biete ich Ihnen herzlichen Willkomm. Kaum anderthalb Jahre sind seit Begründung des Reichsbanners verflossen, und heute sammeln sich hinter ihm **drei Millionen republikanische Kriegsteilnehmer und Jungmannschaften. Wir haben zwei große Ziele: zum ersten die Wahrung unserer Freiheit nach außen und alsdann den Zusammenschluß aller Deutschen in einem Staatsverbande.** Wir wollen diese Ziele erreichen auf dem Wege der Verständigung mit den anderen Völkern Europas. Aber was für die Italiener und die Griechen als selbstverständlich galt und von ihnen erreicht ist und was jetzt den Polen und den Tschechen gegeben worden ist, **das Recht auf nationale Einheit, das muß auch der deutschen Nation gegeben werden. Wir werden nicht eher ruhen, als bis auch wir dieses Ziel erreicht haben.** Darum empfangen wir Sie heute nicht als Fremde, sondern als Brüder und reichen Ihnen die Hände, und wir bekräftigen unsere Gesinnung und unsere Wünsche mit dem Ruf: **Die großdeutsche Republik der Zukunft Frei-Heil!"**

Mächtig hallte der Freiheil!-Ruf durch den weiten Raum. In kurzen, schlichten Worten dankte der Obmann der Oesterreicher, Vogt, der der Zentralleitung des republikanischen Schutzbundes in Wien angehört. **„Wir werden alles daransetzen, um mit dem großen Deutschen Reich vereinigt zu werden.** Wir grüßen und danken euch! Freundschaft!"

Nachdem der Beifall verklungen war, erschollen fernige Befehlsworte, und die Mannschaften rückten unter Musikklängen in vortrefflicher Disziplin ab. Der Marsch ging nach dem Gewerkschaftshaus am Engelufer, wo die Oesterreicher sich erfrischen und erholen sollen für die Festlichkeiten der kommenden Tage.

Vor der Besprechung Chamberlain—Briand.

Die Mitwirkung der Juristen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 8. August.

Hand in Hand mit den Unterhaltungen, die am Donnerstag zwischen dem französischen und englischen Außenminister und ihren Unterstaatssekretären stattfinden werden, würden auch, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, Verhandlungen zwischen den britischen und französischen Juristen vor sich gehen, an denen sich auch Rollin, der ausgezeichnete belgische juristische Sachverständige, beteiligen würde. Rollin habe bereits in Genf eine hervorragende Rolle gespielt und sei der Hauptverfasser der letzten belgischen Sicherheitsnote an England. Rollin sei ebenso wie Vandervelde — der, wie aus Brüssel berichtet wird, erst gegen Ende dieses Monats nach London kommen wird — ein ausgesprochener Befürworter des Völkerbundes, was denn auch den außerordentlichen Nachdruck erkläre, mit dem von der gegenwärtigen belgischen Regierung auf die Bedeutung des Völkerbundes für den vorgeschlagenen Pakt hingewiesen werde. Denn die belgische Auffassung sei die, daß **keine dritte Partei weder im Osten noch im Westen selbst als Garant eines Schiedsgerichtsvertrages ohne Zustimmung des Völkerbundes sich in einen Konflikt einmischen würde.** Der Korrespondent macht sodann noch die interessante Mitteilung, daß im Augenblick sich noch die griechische Regierung auf dem Balkan zwischen den einzelnen Staaten ein Pakt- und Schiedsgerichtssystem ins Leben zu rufen bemühe. Die griechische Initiative werde wahrscheinlich durch das Scheitern der serbisch-griechischen Verhandlungen bedingt, erfolgte aber sodann zweifellos auf französischen Ratschlag, da die französische Diplomatie außerordentlich sich bemühe, die serbisch-griechische Freundschaft auch in Zukunft zu erhalten.

Die Kabinettssitzung, die, wie gestern verlautete, auf Dienstag einberufen werden sollte, um sich mit dem Sicherheitsproblem zu befassen, ist auf Donnerstag verschoben worden, weil dann Chamberlain bereits in der Lage sein dürfte, dem Kabinett über seine Unterhaltung mit Briand Bericht zu erstatten.

Paris, 8. August.

Die heutigen Morgenblätter bestätigen, daß Briand in London nur über die Sicherheitsfrage verhandeln wird. Es sei allerdings möglich, so erklärt der „Petit Parisien", daß der französische und der englische Außenminister im Laufe ihrer Unterhaltung gewisse Punkte der allgemeinen Politik behandeln, aber über die finanziellen Verhandlungen zwischen Frankreich [und] England werde bestimmt nicht gesprochen werden. Weiter teil[t der] „Petit Parisien" mit, daß der französische Antw[ort]entwurf auf die letzte deutsche Sicherheitsnote endgültig [fest]gelegt und von Briand während des gestrigen Kabinettsrate[s den] übrigen Ministern mitgeteilt worden sei. Ueber den Inhalt [des] Dokuments werde natürlich das strengste Schweigen bewahrt, [doch] man finde in ihm dieselben Eigenschaften, die bereits in der [fran]zösischen Antwort vom 16. Juni enthalten waren, nämlich [Klar]heit, Genauigkeit, dieselben hohen Gefühle und [den]selben Versöhnungsgeist und zugleich eine kurze und [deut]liche Bestätigung der Grundsätze des Friedens[ver]trages, die von den Alliierten nicht angetastet w[erden] dürfen.

Der Vatikan zur Ruhrräumung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 8. Augu[st].

Zur Ruhrräumung bringt die „Osservatore Romano" [einen] langen Leitartikel, um triumphierend festzustellen, daß alle[s so] gekommen, wie es der heilige Vater in seinem Sch[reiben] an den Kardinal-Staatssekretär Gasparri vom 24. Juni 1923 [vor]ausgesagt habe. Wären die Völker damals dem Rate des P[apstes] gefolgt, so hätten sie sich unberechenbaren Schaden erspart. [In]dessen wurde damals der Papstbrief selbst in katholis[chen] Kreisen der alliierten Länder kritisch aufgenommen. Der [Papst] empfahl damals, die Prinzipien der Gerechtigkeit nicht vo[n der] sozialen Nächstenliebe zu trennen und schlug Maßregeln vor, di[e] alle im Dawesplan realisiert wurden, nämlich die P[rü]fung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, eine [mög]lich effektive Kontrolle mit allen Sicherheiten für die Gläu[biger,] Bürgschaften für die Leistung der Zahlungen. Dagegen wider[riet] der Papst der Gebietsokkupation, da diese beiden [Völkern] schwere Opfer auferlege und die Völker untereinander verfe[inde]. Nachdem die Entwicklung der Dinge ihm so vollständig recht ge[geben,] so schließt „Osservatore Romano", dürfe der Papst wohl in kün[ftigen] ähnlichen Fällen auf besseres Gehör rechnen.

Der Englandboykott in China.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 8. Augu[st].

Britisch United-Preß meldet aus Peking, daß die englandfein[dliche] Haltung dort so stark sei, daß 60 chinesische Bedien[stete] der englischen Gesandtschaft, von denen einige scho[n] 20 Jahren im Dienste seien, in den Ausstand getr[eten] seien.

Der bulgarisch-griechische Konflikt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sofia, 8. Augu[st].

Der durch Mord eines griechischen Staatsangehörigen in [Bul]garien mit Griechenland entstandene Konflikt [scheint] normal zu verlaufen. Der hiesigen Presse zufolge riete[n die] Großmächte der Athener Regierung, die sehr aufgeregt war, [zur] Verständigung. Auf die griechische Presse, die sogar die O[kku]pation eines Streifens bulgarischen La[ndes] forderte,, reagiert die bulgarische Presse ernst und beto[nt den] Friedenswillen. Sie sagt, die Griechen lebten in [Bul]garien unbelästigter als die Bulgaren [in Griechenland.] Bulgarien schlug eine Regelung eventuell durch den Völkerbun[d vor.]

* Die „Danziger Zeitung" meldet, daß infolge der au[fge]hobenen wirtschaftlichen Beziehungen zwi[schen] Polen und Deutschland **der Handelsverkehr im [Dan]ziger Hafen** zugenommen habe. Die Statistik zeigt für [Juli] weit höhere Ziffern als für den gleichen Monat der letzten [Jahre.]

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombro[wski;] für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Vermischtes, [für] den unpolitischen Informationsdienst und Nachrichtenteil: Fritz [...]hofer; für das Feuilleton: Fred Hildenbrandt; für Wisse[nschaft:] Dr. Gotthold Mamlock; für den Roman: Fritz Engel; [für die] Handelszeitung: Dr. Adolf Roeder; für den übrigen Teil des [Blattes:] Albert Pilz; für die Inserate: Paul Grätz; sämtlich in [Berlin.] Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. **Hierzu 1 Beib[latt.]**

Die Besteuerung der Phantasie.

Von [Nachdruck verboten.]

Rechtsanwalt **Dr. Wenzel Goldbaum** (Berlin).

Der langgehegte Wunsch der Bildhauer, Maler, Erzähler, Lyriker, Bühnenschriftsteller und Komponisten, Berücksichtigung bei dem Gesetzgeber der deutschen Republik zu finden, soll endlich erfüllt werden. Darüber mögen sich die freien geistigen Arbeiter freuen — obwohl es sich um Steuergesetze handelt. Der Entwurf eines Gesetzes über Vermögens- und Erbschaftssteuer bezeichnet als steuerpflichtiges Vermögen alles Vermögen im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes: „Als sonstiges Vermögen kommen in Betracht selbständige Rechte und Gerechtigkeiten. Urheberrechte an Werken der bildenden Kunst, des Schrifttums und der Tonkunst gehören nur dann zum Vermögen des Urhebers, wenn sie einem Dritten gegen die Verpflichtung zur wiederholten Zahlung fester Beträge auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zur Ausnützung übertragen sind."

Danach soll die vom Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten geführte Aktion gegen die bisherige Besteuerung offenbar zu einem endgültigen Sieg führen: sie bekämpfte die Uebung der Finanzämter, Urheberrechte als „selbständige Rechte" schlechtweg zu besteuern, also schon in der Schublade des Poeten, im Atelier des Bildhauers. In der Begründung wird ausgeführt, daß nach dem früheren Vermögenssteuergesetz Urheberrechte als selbständige Rechte und Gerechtigkeiten ohne jede Einschränkung steuerpflichtig waren, ihre Bewertung aber, soweit es sich um Werke der bildenden Kunst, des Schrifttums und der Tonkunst handelte, von jeher Schwierigkeiten bereitet und sowohl die Steuerbehörden als auch die Steuerpflichtigen oft mit einer Arbeit belastet hätte, die in keinem Verhältnis zu ihrer finanziellen Bedeutung stand. In den Fällen, in denen diese Urheberrechte einem Dritten gegen die Verpflichtung zur Zahlung jährlicher fest bestimmter Beiträge zur Ausnutzung übertragen wären, ließe sich zwar der Wert des Urheberrechts ohne Schwierigkeiten nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung berechnen. Die Heranziehung solcher Werte zur Besteuerung sei auch wirtschaftlich begründet. Anders lägen dagegen die Verhältnisse in den Fällen, in denen der Verfügungsberechtigte z. B. sein Urheberrecht selbst ausbeute oder einem Dritten die Ausbeutung gegen Gewinnbeteiligung (Tantieme) übertragen hätte. Hier ließe sich der Wert des Rechtes nur in den seltensten Fällen einigermaßen zutreffend ermitteln. Ob der Roman, den ein Romanschriftsteller geschrieben hat, vom Publikum gekauft werden würde und in welchem Maße, ließe sich im voraus selten mit einiger Sicherheit schätzen. Ob der finanzielle Erfolg (z. B. der einer Operette) am Stichtag bereits voll oder im wesentlichen genutzt sei oder ob noch weitere Einnahmen aus dem Werke in Zukunft zu erwarten stünden und welche, ließe sich schwer übersehen. Die große Masse von Neuerscheinungen auf dem Gebiete der bildenden Kunst, des Schrifttums und der Tonkunst hätten nur einen Augenblickserfolg und seien in kurzer Zeit vergessen und wertlos. Auch von den betroffenen Künstlern selbst sei die Besteuerung dieser Werte von jeher als ungerecht empfunden worden. — Anders liegen die Dinge allerdings, wenn Urheberrechte zum Betriebsvermögen z. B. eines Verlegers gehören. Merkwürdigerweise können auch die freien Berufsangehörigen Betriebsvermögen haben; aber die Urheberrechte dienen nicht der Ausübung des Berufs des freien geistigen Arbeiters, sondern sind dessen Ergebnisse.

Neben dem Entwurf eines Vermögens- und Erbschaftssteuergesetzes kommt der Entwurf eines Einkommensteuergesetzes für den freien geistigen Arbeiter in Betracht. Der Besteuerung des Einkommens unterliegen Einkünfte aus Gewerbebetrieb und sonstiger selbständiger Berufstätigkeit. Allein diese dem Gewerbebetrieb ähnliche „selbständige Berufstätigkeit" kommt für den Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten nicht in Frage; sie paßt für Aerzte, Rechtsanwälte, Notare, Ingenieure usw. Wer jedes Jahr ein oder zwei Stücke schreibt, übt damit nicht eine „selbständige Berufstätigkeit" aus. Das Dichten und Komponieren ist überhaupt kein „Beruf" im Sinne des Steuerrechts. Der Entwurf rechnet durchaus mit dieser Sachlage und bezeichnet deshalb als Einkommen auch die sonstigen Leistungsgewinne nach Maßgabe der §§ 41, 42 und die Einkünfte aus Verpachtung oder sonstiger zeitlich begrenzter Ueberlassung von literarischen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechten. Was die „Leistungsgewinne" anlangt, so bleiben Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften steuerfrei, wenn der veräußerte Gegenstand nicht zum vermögenssteuerpflichtigen Vermögen des Veräußerers gehört.

Wir haben oben gesehen, daß Urheberrechte in der Hand des Urhebers grundsätzlich nicht zum vermögenssteuerpflichtigen Vermögen gehören. Einkünfte aus diesen Veräußerungen sind also nicht einkommensteuerpflichtig. Dagegen erfaßt das Gesetz die Einkünfte aus „Verpachtung" oder sonstiger zeitlich begrenzter Ueberlassung von Schauspielen, Schwänken, Operetten, Aufführungsverträge, Romanen, Novellen, lyrischen Gedichten, Verlagsverträgen, Gemälden, Skulpturen, Kunstverlag usw. Die Ueberlassung auf die ganze Dauer der Schutzfrist ist nicht zeitlich begrenzt. Eine solche Ueberlassung ist eine unbeschränkte Ueberlassung des Rechts, das seine Zeitbeschränkung in sich trägt. Nach der Steuervorschrift muß die Ueberlassung zeitlich begrenzt sein; nicht das Recht. Derartige unbegrenzte Ueberlassungen sind nach § 42 zu beurteilen.

Nicht die gesamten Einkünfte aus diesen Ueberlassungen sind steuerpflichtig, vielmehr nur der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben. Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Urheberr[echten] dürfen in dem Steuerabschnitt nicht voll abgezogen werden, [son]dern nur mit dem Betrag, der sich bei Verteilung auf die Gesamt[dauer] der Verwendung oder Nutzung ergibt. Man nennt diese schö[ne] Sache „Absetzung für Abnützung". „Hanneles Himmelfahrt" [und] „Der Zauberberg" geraten dabei in eine merkwürdige Gesell[schaft.] Es heißt nämlich im § 16, Abs. 3: „Die Absetzungen für Abn[utzung] sind nur zulässig für Maschinen und sonstiges Betriebsinventa[r,] gewerbliche, literarische und künstlerische Urheberrechte, fü[r Ge]bäude, Be- und Entwässerungsanlagen und fischereiwirtschaftlic[he An]lagen."

Man sieht: der Mann der Phantasie wird vom Steuer[recht] durchaus kühl und nüchtern ausgewertet. Wie wäre es, wen[n das] deutsche Reich sich seiner auch einmal beschützend annehmen [würde?]

Eine Festvorstellung für Amundsen. Aus Oslo [wird] gemeldet: Das Nationaltheater eröffnet seine diesjährige Sp[ielzeit] mit einer Festvorstellung für Amundsen und seine Begleiter. [Ge]spielt wird „Jeppe auf dem Berge". Nach der Vorstellung, [zu der] auch eine Reihe bekannter Polarforscher eingeladen worden i[st, wird] ein Epilog gesprochen werden, der die Expedition Amundsen[s und] ihre Bedeutung verherrlicht. In der kommenden Woche hält A[mund]sen im Nationaltheater seinen ersten Vortrag über den Nordp[ol.]

Gösta Ekman als Faust? Wie „Svenska Dagbladet" erfä[hrt, hat] die Ufa die Rolle des Faust in ihrem „Faust"-Film dem schwedischen [Schau]spieler Gösta Ekman angeboten. Gösta Ekman selbst bestätigt, d[aß ihm] ein derartiges Angebot gemacht worden ist. Eine Zusage ist all[erdings] noch nicht erfolgt.

Wochenspielplan der Berliner Bühne[n]

Erstaufführungen. Goethe-Bühne: 10. Im Hafen. — Re[nais]sance-Theater: 11. Totentanz. — Komödie: 14. Madame Bo[nivard.]

Oper am Königsplatz: Fledermaus.
Schiller-Theater: Annemarie.
Lessing-Theater: Regenbogen.
Berliner Theater: Anneliese von Dessau.
Komödienhaus: Der letzte Kuß.
Volksbühne: Die deutschen Kleinstädter.
Deutsches Künstlertheater: Fauteuil 47.
Die Komödie: ab 14. Madame Bonivard.
Renaissancetheater: 10. Pfarrhauskomödie; ab 11. Totentanz.
Theater des Westens: Wiener Blut.
Theater am Kurfürstendamm: Madame Revue.
Kleines Theater: Die schöne Melusine.
Trianontheater: Die [...]prinzessin.
Neues Theater am Zoo: [Jo]hannisfeuer; 11. Glück im [...] 12. Heimat; 13., 15. 16. [...] Schöller; 14. Ehre.
Operettenhaus am Schiffbauerdamm: Der kleine Kuppler.
Theater in d. Kommandantenstraße: Der Vetter von D[...]
Komische Oper: Das h[...] Welt noch nicht geseh'n.
Metropoltheater: Tausend Beinchen.
Thaliatheater: Uschi.
Goethe-Bühne: Im Hafen.
Schloßparktheater: Das [...]porale.
Residenztheater: Die Kobla[...]

Abend-Ausgabe
. 373 * Sonnabend, 8. August 1925

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Die Börsenkrise — Auflösung oder Umwertung?

Von

Kurd Wenkel.

Die Deroutierung der Effektenmärkte.

ie Kurve der Effektenkurse bewegt sich seit dem Februar es Jahres unter Schwankungen von Monat zu Monat tiefer ch unten. Der in unserem „Wirtschaftsbarometer" all- hentlich errechnete Index weist für sämtliche Börsenwerte ernd Rückgänge auf und zwar die grössten für alle Arten Aktien. Die Goldanleihen haben seit Beginn des Jahres r ebenfalls 10 bis 20 pCt. ihres Effektivwertes hergeben ssen, sind damit aber, obwohl gerade dieses Marktgebiet er einer starken, unkontrollierbaren Vermehrung des issionsmaterials zu leiden hatte, im Vergleich mit der Ab- tsentwicklung der Dividendenpapiere relativ wenig gesunken. Aktienindex weist dagegen seit Beginn dieses Jahres eine kung um mehr als ein Drittel, seit Ende Januar sogar um die appe Hälfte auf. Bei den sogenannten schweren Werten, Eisen- und Kohleaktien, machen die Verluste, die auch hier die einzelnen Marktgebiete verschieden sind, sogar einen noch entlich höheren Prozentsatz aus. So stellt sich unser Index die Eisenaktien, die am 1. Januar dieses Jahres mit 100 pCt. genommen worden waren, auf 45 pCt. und der der Kohle- en auf 59 pCt. Diese Entwicklung ist zum Teil die notwendige ge der Kapital-, Wirtschafts- und Konzernkrise, in der sich die tsche Wirtschaft befindet. Sie geht aber offenbar erheblich er das Mass hinaus, das sich aus der Geschäftslage Industrie ohne weiteres rechtfertigen lässt. Auch die Ver- ung des Geldmarktes kann die Deroutierung der Effekten- kte noch nicht ausreichend erklären. Vor allem deshalb t, weil die Rückgänge der Aktienwerte weniger auf den Um- des Angebotes als auf den Mangel an Nachfrage zurück- ühren sind. Die Märkte erwiesen sich zeitweise einfach erstande, das herauskommende Material aufzunehmen. Es Tage, wie beispielsweise zu Beginn dieser Woche, die so warz"sind, dass man fast von einem „Versagen der rse" sprechen möchte. Vorübergehende Kurserholungen wächen diesen Eindruck zwar ab, können ihn aber nicht auf- en. So mussten am vergangenen Mittwoch von den 700 Kassapapieren, die an der Berliner Börse offiziell ge- delt werden, nicht weniger als 150 gestrichen werden, bei den gen Werten bestimmte im Durchschnitt ein Angebot von gen hundert Mark den Kurs. Im variablen Verkehr liegen Verhältnisse nicht viel besser. Die Gründe hierfür sind nigfaltiger Art. Ihr Ursprung liegt ausserhalb der Börse. hindert natürlich nicht, dass die berufsmässige Spekulation Abwärtsbewegung der Kurse durch Baisseoperatio- n verstärkt und verschärft, zumal die Kulisse sehr um- reich ist und ihre Geschäfte durch die Geringfügigkeit der sätze erleichtert werden. Jedes Bestensangebot wird von „Baissehyänen" geradezu „ausgeschlachtet" und jedes Mittel d versucht, immer neue Kurseinbrüche herbeizuführen. Zwar die Spekulation bekannte, volkswirtschaftlich nützliche ktionen zu erfüllen, doch muss das Publikum selbstverständ- vor ihren Auswüchsen geschützt werden. Ende dieser che hat sich der Börsenvorstand endlich dazu entschlossen, iel an ihm liegt, Abhilfe zu schaffen. Mit der Bestimmung, s zu jeder Kursfestsetzung, die die letzte Notiz um sechs ektive Prozent unterschreitet, ein Kommissar hinzugezogen den muss, und dass ferner häufiger als bisher zu dem Hilfs- el der Repartierung geschritten werden soll, hofft man igstens die grössten Missstände zu beseitigen. Ausserdem die sogenannte Dreimännerkommission die Exekution von ktiven Stücken im freien Verkehr gestattet und bestimmt, s denjenigen Firmen, über die die Klagen sich häufen, auf chluss der sogenannten Insolvenzkommission die Aufgabe- igkeit entzogen werden soll, unabhängig natürlich davon, ob Betroffene „fein" oder „nichtfein" ist. Ferner sollen ver- iedene Firmen ihre sämtlichen Leihstücke gekündigt haben. e diese Massnahmen werden der Baissepartei ihre Operationen r erschweren, aber nicht unmöglich machen. Die natürliche rsentwicklung kann durch sie weder aufgehalten, noch gar gewendet werden. Am schlimmsten ist, dass die Abwärts- regung von einem gewissen Grade ab immer eine (geometrisch) gressive ist. Die fortschreitende Entwertung der Aktien t gewissermassen aus sich selbst heraus neue Nahrung: die kung wird zur Ursache und die Ursache zur Wirkung. Vor n dann, wenn die schwachgewordenen Depots an den Markt men und die Banken Nachschüsse fordern oder zu Exekutio- schreiten.

ie Banken haben dieser Entwicklung bisher ziemlich un- g zugesehen. An den schwärzesten Tagen blieben die Märkte kommen sich selbst überlassen, und nur wenn einmal, wie an gestrigen Börse, eine freundlichere Stimmung Platz greift, es den Anschein, als ob von seiten der Emittenten versucht d, die Kurse möglichst weit hinauf zu bringen. Das ist vermut- am billigsten und vor allem auch durchführbar. n die geschwächten Kräfte der Banken reichen natürlich ht dazu aus, um durch Interventionsmassnahmen natürlichen Entwicklung auf die Dauer Einhalt gebieten; wenn auch nicht verkannt werden soll, s schon die Bereitstellung eines Interventionsfonds der Entschluss, einzugreifen, dem Kursniveau, wie die Erfah- g gelehrt hat, eine Stütze gibt. Zudem könnte bestenfalls in den wichtigsten variablen Papieren interveniert werden, en Haltung zwar die Gesamttendenz wesentlich beeinflusst, denen aber nicht verhindert werden kann, dass am Kassa- rkt, in dem gerade das breite Publikum am stärksten agiert ist, empfindliche Verluste entstehen, gegen die die ken im allgemeinen schon mit Rücksicht auf ihre Liquidität sehr schwer etwas unternehmen können. Es fragt sich aber, das ist neben allen diesen Erwägungen wohl der sprin- nde Punkt, ob die Kurse der einzelnen Aktienwerte so sie heute notieren, nicht vielleicht doch nicht so drig sind, wie man gemeinhin glaubt. Die Käuferschicht, die Effektenmärkte vor dem Kriege frequentierte, bestand eist aus älteren Privatkapitalisten, vor allem aus ausgedien- Unternehmern. Diese Kreise sind heute wirtschaftlich so rk geschwächt, dass sie eher als Verkäufer wie als ufer in Frage kommen. Ausserdem ist aber der Reiz, In- trieeffekten als zinstragende Anlage (und eine Rente muss liesslich jede, noch so wertvolle „Substanz" tragen) zu kaufen, rklich nicht gross. Denn die Aktien der sogenannten ndardpapiere, vor allem die der rheinisch-westfälischen ssindustrie, sind nicht nur in den letzten Jahren dividenden- geblieben, sondern werden aller Voraussicht nach aus der anz für das laufende, erste oder zweite Reichsmarkgeschäfts- r (1925 bzw. 1924/25) ohne Ertrag bleiben. Dabei ist n, wie wir erst kürzlich an dieser Stelle aus- ührt haben mancherorts der Ansicht, dass der nstellungsschnitt bei einer Anzahl von pieren nicht scharf genug gewesen sei dass über kurz oder lang eine neue Zu- mmenlegung vorgenommen werden müsse. Tägliches d kostet zurzeit durchschnittlich 2 pCt. pro Monat. Der editmangel der Wirtschaft und auch fast aller Privater ist r gross. Kann man sich also verwundern, dass die Effekten- itzer ihre Papiere allmählich abzustossen suchen, um den Erlös zinstragend anzulegen. Für sie ist das augenblickliche Kursniveau mit Rücksicht auf den zu erzielenden Effekt vielleicht noch nicht einmal allzu ungünstig. Sieht man sich dann noch die Kurse von Unternehmungen an, die vor dem Krieg zu einer Sanierung schreiten mussten, so wird man finden, dass sie — in einer wesentlich besseren Wirtschaftsverfassung — fast durchweg niedriger waren oder doch nur selten höher waren als die heutigen Aktienkurse, bei denen eine ähnliche Massnahme vielleicht in absehbarer Zeit notwendig ist, wenn man zu einer „angemessenen" Verzinsung kommen will. Auch diese Erwägung trägt natürlich vielleicht nicht gerade zu einer Hebung des Kursniveaus bei; und es ist verständlich, wenn man in manchen Kreisen die starken Kurseinbrüche der letzten Zeit als den Beginn einer Umwertung zu deuten sucht. Denn der Substanzwert der einzelnen Aktie, der absolut betrachtet noch so hoch sein mag, kann für die Bewertung eines Papiers nicht allein und noch nicht einmal in erster Linie massgeblich sein. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so ist er bei der Stinnes-Abwicklung erbracht worden. Die Preise, die für die börsengängigen Werte erzielt werden konnten, lagen durchweg nicht wesentlich über den ohnehin niedrigen Börsenkursen, vereinzelt sogar darunter. Für die 21 Mill. RM Deutsch-Luxemburg-Aktien sind bekanntlich nur 52 pCt. (10 pCt. unter dem Tageskurs) gezahlt worden und auch für die Riebeck-Montan-Aktien konnte offenbar nur deshalb ein höherer Kurs erzielt werden, weil gleichzeitig die Hugo-Stinnes-Riebeck-Oel- (Api-Olea-) Majorität, die vermutlich einen gewissen Liebhaberwert für den Käufer hatte, mit an die „Badilin" überging.

Das Fiasko der Verwertungsaktie und andere Missstände deutscher Aktienpraxis.

Wären wir nur auf uns selbst angewiesen, so könnte man diesen Zustand mit etwas weniger grosser Sorge betrachten. Wir sind aber vom Ausland abhängig. Die Kapitalien, die zur Ergänzung der industriellen Betriebsfonds und zur Auffrischung und Modernisierung des Produktionsapparates erforderlich sind, können in dem erforderlichen Umfang nur von potenten ausländischen Geldgebern zur Verfügung gestellt werden. Auf sie wirkt aber die Verfassung unserer Aktienmärkte (von den Erfahrungen mit deutschen Renten gar nicht zu reden) so abschwächend, dass der Kapitalzufluss für die Industrie beinahe vollständig versiegt ist. Die fremdländischen Effektenbesitzer sind im Gegenteil teilweise bemüht, die in den letzten Jahren eingegangenen Engagements — selbst unter Verlust — zu lösen. Allein mit Rücksicht hierauf und um die Voraussetzungen für eine grössere aktienmässige Beteiligung des Auslandes an der deutschen Wirtschaft zu schaffen, ist erforderlich, dass einem drohenden Zerfall der Börsenmärkte Einhalt geboten wird und dass auf schnellstem Wege alle diejenigen Massnahmen getroffen werden, die zu einer Konsolidierung der Verhältnise führen können. Der erste Schritt zu dieser Sanierung muss die Beseitigung der Verwertungsaktien, und zwar auf gesetzlichem Wege sein. Der Druck, der von dieser Seite her auf den Märkten lastet, ist ausserordentlich gross. Man kann deutlich beobachten, dass die Kurse derjenigen Unternehmungen, die über noch nicht verwertete Vorratsaktien verfügen, besonders stark rückläufig sind; beispielsweise am Montanaktienmarkt. Alle die Verwaltungen, die in ihrem Portefeuille noch eigene Aktien besitzen, versuchen verständlicherweise, sich durch Verkäufe die für den Betrieb erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Selbst wenn das aber nicht der Fall wäre, reicht allein die Tatsache, dass ein Paket von Verwertungsaktien wie eine drohende Wolke über dem Markt schwebt, dazu aus, um den Kurs dauernd unter Druck zu halten. Denn jeder Aktionär fühlt sich wehrlos der Willkür „seiner Verwaltung" ausgesetzt. Man erinnere sich nur daran, wie umfangreich solche Vorratsportefeuilles teilweise sind. Besitzt doch beispielsweise die Phönix Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenbetrieb 150 Mill. RM Verwertungsaktien, bei einem Aktienkapital von 300 Mill. RM. Von dem Aktienkapitals der Holding-Werte des Wintershall-Konzerns sind sogar 80 pCt. noch nicht begeben. Auch die Rheinischen Stahlwerke verfügen u. a. noch über einen grossen Posten Vorratsaktien. An der Börse führt man die relativ starken Rückgänge gerade dieser Papiere auf Portefeuilleverkaufe zurück. Daran kann auch nichts ändern, dass sowohl die Verwaltung des Phönix als auch die Verwaltung von Rheinstahl ausdrücklich erklärt haben, dass sie zurzeit keine börsenmässigen Verkäufe vornehmen. Man misst diesen Dementis berechtigterweise keine sonderlich grosse Bedeutung bei. Denn sie besagen in der Tat sehr wenig; einmal, weil, was gestern und vorgestern nicht geschehen ist, ja morgen oder übermorgen geschehen kann und dann, weil die Verwaltung keineswegs selbst an die Börse zu gehen braucht. Es ist eine alte Uebung, grosse Posten von Verwertungsaktien en bloc an befreundete Stellen weiterzugeben, sei es mit der Absicht, dass sie dort längere Zeit verbleiben, sei es, dass sie schon von vornherein in kurzer Zeit auf dem Markt erwartet werden. So wie die Verhältnisse heute liegen, muss damit gerechnet werden, dass jeder Posten verhältnismässig sehr rasch den Weg zur Börse findet. Aber noch aus einer Reihe von anderen Gründen, ist die Methode, sich mit Verwertungsaktien zu finanzieren, in höchstem Grade bedenklich. Der gewichtigste Einwand ist der, dass die Vorratsaktien in den meisten Fällen zu versteckten Unterparicmissionen verwandt werden. Schon aus diesem Grunde hätte der Goldbilanzgesetzgeber mit der ganzen Institution gründlich aufräumen müssen, hat er doch gerade auf die Errichtung einer festen Kursbarriere bei neuen Kapitalserhöhungen sein besonderes Augenmerk gerichtet gehabt. Selbst diejenigen Vorratsaktien, die für die Reichsmarkeröffnungsbilanz (an dem damaligen Kurswert gemessen) „sehr vorsichtig" bilanziert waren, stehen heute meist mit Preisen zu Buche, die wesentlich über den jetzigen Börsenkursen liegen, so dass also bei Verkäufen die Differenz als Verlust in Erscheinung tritt. Ein Ergebnis, das der Gesetzgeber selbstverständlich nicht gewollt hat und das dem Sinn und Wesen unseres Aktien- und Bilanzrechtes geradezu ins Gesicht schlägt. Man stelle sich nur den einzelnen Fall mit seinen Auswirkungen plastisch vor. Die Akt.-Ges. für Chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel besitzt (um nur ein Beispiel herauszugreifen, heute noch für mehr als 5 Mill. RM Verwertungsaktien, die zirka 17 pCt. des Gesamtkapitals (von 30 Mill. RM) repräsentieren. Der Preis, mit dem diese Vorratsaktien bilanziert sind, ist auf 70 pCt. gestellt, eine Bewertung, die am Bilanztag (zu Anfang dieses Jahres) auch als „angemessen" bezeichnet werden konnte. Nun sind die Aktien seither aber von 90 pCt. bis auf ca. 40 pCt. (Mitte dieser Woche sogar auf 35 pCt.) zurückgegangen. Bei der Verwertung der Portefeuilleaktien, die also 60—65 pCt. unter pari erfolgen müsste, entsteht der Verwaltung mithin ein buchmässiger Verlust von nicht weniger als 50 pCt.; bei einer Realisierung sämtlicher Verwertungsaktien (die noch dazu nur zu stark gedrückten Kursen möglich wäre) würde sich also ein Manko von mindestens 2½ Mill. RM ergeben. Es liegt deshalb, ganz abgesehen von der Beruhigung und Stetigkeit, die der Markt dadurch gewinnen würde, auch im wohlverstandenen Interesse den betroffenen Gesellschaft selbst, wenn sie von dem Ballast ihrer Vorratsaktien befreit wird. Denn es ist selbstverständlich unmöglich, dem Konsortialkonto in der Bilanz für das eigene Portefeuille einen grösseren Betrag gutzuschreiben, als dem Börsenkurs entspricht, so dass die Bilanz (wie bei Scheidemandel) in jedem Fall einen Verlust hieraus ausweisen muss, gleichgültig, ob die Aktien bereits verkauft sind oder sich noch im Portefeuille befinden. Bedenken gegen die vollständige Beseitigung der Verwertungsaktie bestehen nicht. Ihr eigentlicher Zweck, der Verwaltung zur Aufnahme neuer Beteiligungen und zur Durchführung grösserer Expansionspläne sofort zu verwertende Mittel in Aktienform zur Verfügung zu stellen, ist in diesem Zeitpunkt ohnehin gegenstandslos. Wir glauben wenigstens nicht, dass für die Konzerne, die jetzt abgebaut werden, abgesehen von kleineren Arrondierungen und einigen vielleicht horizontalen Kombinationen (beispielsweise in der Schwachstromindustrie), so bald neue Konzerne oder auch nur konzernähnliche Gebilde entstehen. Die Entwicklung ist für absehbare Zeit zunächst eine rückläufige. Dazu kommt ferner, dass die unabhängigen Aktionäre mit den Verwertungsaktien sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Den Verwaltungskonsorten ist es natürlich sehr angenehm, der Generalversammlung über ihre Transaktionen keine Rechenschaft geben zu müssen. Was im einzelnen dabei herausgekommen ist, das haben wir in verschiedenen skandalsen Fällen mit aller Deutlichkeit aufgezeigt. Hier Abhilfe zu schaffen, ist die erste Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften, die sich ja nun endlich mit einer Reform des Aktienrechts befassen wollen. Den Gesellschaften muss auferlegt werden, die noch in ihrem Besitz befindlichen Vorratsaktien zu kassieren und das Aktienkapital um den entsprechenden Betrag herabzusetzen. Die meisten Unternehmungen hätten dabei noch den Vorteil, die (teilweise recht ansehnliche) Differenz zwischen dem Nominal- und dem Bilanzwert dieser Vorratsaktien als Gewinn ausweisen oder zu Rückstellungen verwenden zu können. Man darf die Wirkung dieses Reinigungsprozesses keinesfalls unterschätzen. Er ist die einzige gesunde Art einer Reduzierung der Aktienkapitalien, die zunächst zu erfolgen hat. Dabei wird den Aktionären nicht nur kein neues Opfer zugemutet, sondern im Gegenteil

Handel und Verkehr.

✱ **Die Umtauschofferte Deutsche Petroleum-Rütgerswerke wird endlich ausgeschrieben.** Die Rütgerswerke geben nunmehr das Umtauschangebot bekannt, das sie den Aktionären der Deutschen Petroleum-Akt.-Ges. schon im Januar in Aussicht gestellt haben. Der Grund der bisherigen Verzögerung liegt, wie uns mitgeteilt wird, darin, dass man auf die Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer gewartet hat. Zur Erläuterung des Umtauschangebotes sei daran erinnert, dass die Rütgerswerke im Januar unter Mitwirkung der Deutschen Bank eine Kapitalerhöhung um 32 Millionen M zu 125 pCt. durchgeführt und bei dieser Gelegenheit den Besitz der Deutschen Bank an Deutschen Petroleumaktien erworben haben. Praktisch ist damit die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft zur Tochtergesellschaft der Rütgerswerke geworden. Hinter diesen Vorgängen stand und steht, wie bereits in der Generalversammlung vom 28. Januar zum Ausdruck gebracht worden war, die Erwägung, dass die besonders schwierigen und in stetem Flusse begriffenen Verhältnisse der Petroleumindustrie eine Elastizität in der geschäftlichen Behandlung aller auftauchenden Möglichkeiten erfordern, die mit den in einem Interessengemeinschaftsvertrag liegenden Bindungen nur schwer vereinbar ist. Andererseits erschien es billig, den Aktionären der jetzt nicht mehr unabhängigen Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft die Möglichkeit zu gewähren, an Stelle ihrer Aktien die Aktien der Muttergesellschaft zu erwerben. Das deswegen ergangene Umtauschangebot schliesst sich an den Interessengemeinschaftsvertrag an. Die Aktien werden demgemäss im Verhältnis von 1:1 getauscht. Kursmässig ist in dieser Relation ein Agio von ca. 4 pCt. enthalten; die Rütgers-Aktie notierte gestern 68½ pCt., während die Aktien der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft im Freiverkehr mit 64½ bis 66½ pCt. genannt wurden. Die Börsenumsatzsteuer wird dabei von den Rütgerswerken getragen; die Umtauschfrist läuft am 31. August 1925 ab.

✱ **Annener Gusstahlwerke Akt.-Ges.** in Annen. Ueber den Verlauf des Geschäftsjahres 1924/25 erfahren wir, dass die Beschäftigung und damit auch die Umsätze gegen das Vorjahr zwar zugenommen haben, dass die Preise aber einen nennenswerten Nutzen nicht zugelassen haben. In den letzten Monaten machte sich auch der Rückgang der allgemeinen Marktlage im Geschäftsgange bemerkbar, doch sind die Aufträge in der letzten Zeit wieder reichlicher eingegangen. Immerhin muss mit Betriebseinschränkungen gearbeitet werden. Eine Dividende wird kaum zur Verteilung kommen können. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass die immer wieder auftauchenden Gerüchte von einer Stillegung des Annener Gusstahlwerkes unzutreffend sind. Es handelt sich um eine Verwechslung mit der Abteilung Annen der Akt.-Ges. Fried. Krupp in Essen, der das Gusstahlwerk Annen, vorm. Fr. Asthöver seit vielen Jahren gehört, wogegen das Annener Gusstahlwerk der Stumm-Gruppe in Düsseldorf angeschlossen ist. Das Kruppsche Werk soll allmählich auf eine andere Abteilung der Akt.-Ges. Krupp übergeleitet werden.

✱ **Die Steinkohlenförderung in Deutsch-Oberschlesien** betrug an 27 Arbeitstagen im Juli 1 261 697 To. gegen 948 018 To. an 23 Arbeitstagen im Juni oder arbeitstäglich 46 730 To. gegen 41 218 To. Während im Juni 35 746 To. mehr abgesetzt als gefördert wurden, übertrug der Absatz die Förderung im Juli um 168 907 To. Die Ende Mai 340 851 To. betragenden Haldenbestände konnten also in den beiden folgenden Monaten um 204 653 To. auf 136 198 To. ermässigt werden. Gegenüber dem Juni stieg der Absatz im Juli innerhalb Deutsch-Oberschlesiens von 343 170 auf 446 222, nach dem übrigen Deutschland von 581 477 auf 921 827 To. und nanch dem Auslande von 59 117 auf 62 555 To. Innsbesondere stieg der Absatz nach der Tschechoslowakei von 40 928 auf 49 689 To., während er nach Deutsch-Oesterreich von 11 063 auf 9877 To. zurückging. Die Wagengestellung stieg von 83 801 auf 130 819 oder arbeitstäglich von 3644 auf 4845 To.

✱ **Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten zum Einzelhandel.** Der Reichsbankpräsident hat der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels seine Auffassung über die Ursachen der Warenverteuerung auf deren Schreiben vom 23. Juli dahin erläutert, dass er ganz allgemein den volkswirtschaftlichen Apparat für überlastet ansehe. Er sei der Ansicht, dass in der Inflationszeit eine Reihe von überflüssigen Zwischengliedern in die Warenverteilung eingedrungen seien, die auch heute noch nicht hätten daraus entfernt werden können, die sich aber unter dem Zwange der Kapitalknappheit auf die Dauer nicht als lebensfähig erweisen würden. Der Reichsbankpräsident erkennt durchaus an, dass die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen, die in den meisten Artikeln das Friedensverhältnis überschritten habe, auch durch die hohen Steuern, Frachten, Soziallasten und Zinsen mit verursacht sei und bemerkt, dass er weder bei seiner Rede in Frankfurt a. O. noch bei anderen Anlässen dem Einzelhandel die Schuld an der Warenverteuerung zugeschoben habe.

✱ **Die Aufhebung der schweizerischen Einfuhrbeschränkungen noch zweifelhaft.** Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement teilt mit: „Eine Kündigung des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom November 1924 gemäss seinem Artikel 4 ist bisher von keiner Seite erfolgt. Daraus darf aber nicht ohne weiteres geschlossen werden, dass die bestehenden Einfuhrbeschränkungen auf 1. Oktober 1925 allgemein oder gegenüber Deutschland vollständig dahinfallen. Es hängt dies vom Resultat der Verhandlungen ab, die im laufenden Monat zwischen der Schweiz und Deutschland stattfinden sollen. Das Abkommen sieht nämlich vor, dass es unter gewissen Voraussetzungen mit einmonatlicher Frist gekündigt werden kann."

✱ **Aufhebung der Geschäftsaufsicht über die Firma M. Griess & Co.** in Berlin, Lindenstr. 51—53, Kleiderstoffe engros. Beim heutigen Termin ist die Geschäftsaufsicht aufgehoben und der Vergleich mit 94 pCt. der Gläubigerstimmen angenommen worden. Es werden 60 pCt. der Forderungen bezahlt.

✱ **Die Wilhelm Kathe Akt.-Ges.** in Halle hat Geschäftsaufsicht beantragt. Die Börsennotiz wurde an der Börse von Halle eingestellt.

der unerträgliche Druck von ihnen und von der Börse genommen. Gleichzeitig würde diese Reform auch insofern günstig wirken, als erst durch sie den Banken eine wirksame Kursregulierung möglich gemacht wird. Gerade infolge der Verwertungsaktien ist eine grosszügige Aufnahmeorganisation einfach ausgeschlossen. Denn die Banken sind weder dazu da, noch dazu imstande, den Gesellschaften (vielleicht statt verweigerter Kredite) zwangsweise ihre Verwertungsaktien abzunehmen.

Das Reichsjustizministerium und das Reichswirtschaftsministerium, die sich in der nächsten Zeit mit diesen Fragen befassen wollen, werden hoffentlich bald zu einem Ergebnis kommen, denn es erwartet sie noch ein reichliches Mass anderer Arbeit. Die deutsche Aktienpraxis hat fast auf allen Gebieten Formen angenommen, die auf die Dauer unerträglich sind. Ist doch die Stagnation der Effektenmärkte nicht zum geringsten auch darauf zurückzuführen, dass das in den letzten Jahren herausgebildete, raffinierte System der Aktionärentrechtung und des Aktionärmissbrauches den seriösen Kapitalisten davor abschrecken muss, deutsche Effekten zu kaufen, zumal auch die Zulassungsstellen der Börsen so gut wie vollständig versagen.

Was alles eine Novelle zum Handelsgesetzbuch enthalten muss, wird später einmal ausführlich zu erörtern sein. Es ist aber gut, schon heute die wichtigsten Punkte aufzuzeichnen, in denen eine Korrektur weniger des Aktienrechtes als der misshandelten und missverstandenen Aktienpraxis erforderlich ist. Nach der Verwertungsaktie ist die Stimmrechtaktie zu beseitigen, die in einer demokratischen Aktienverfassung, vor allem in dem Umfang, in dem sie unsere Gesellschaften überwuchert, keinen Platz hat. Hernach muss das Legitimationsprinzip, das unverständlicherweise vom Reichsgericht sanktioniert worden ist, abgeschafft werden. Denn nur dem Aktionär kann das Recht zugesprochen werden, die Geschicke „seiner Gesellschaft" zu bestimmen. Ferner müssen die Unternehmungen, soweit sie in Aktienform betrieben werden und börsenfähig sind, dazu gezwungen werden, klare und durchsichtige Bilanzen aufzustellen, die auch derjenige versteht, der sich nicht durch dicke Archive hindurchfressen kann, und für die neben der Ueberbewertung auch die planmässige Unterbewertung der Aktiva unmöglich gemacht wird. So gut ferner die Institution der Generalversammlung nach dem HGB. ist, wird man das Schwergewicht des Gesellschaftswesens doch etwas weniger einseitig verteilen müssen; denn es hat sich erwiesen, dass die Aktionäre in den Generalversammlungen oft nicht imstande sind, ihre Interessen, so wie es notwendig wäre, zu vertreten. Ausserdem muss selbstverständlich die Prozessführung erleichtert werden. Für den einzelnen Aktionär, der nicht über grosse Mittel verfügt und mehr aus ideellen als aus materiellen Gründen klagt, ist es bisher praktisch fast unmöglich, seine Ansprüche bis zum Reichsgericht mit Erfolg durchzukämpfen. Uns scheint, dass es überhaupt eines der ersten Erfordernisse ist, die Selbstherrlichkeit der Verwaltungsorgane (und ihre offenen und versteckten Bezüge!) auf ein normales und erträgliches Mass zurückzuführen. Die Gesellschaften müssen, wie kürzlich sehr richtig in einer Generalversammlung erklärt wurde, vor ihren Grossaktionären geschützt werden. Wenn in dieser Hinsicht Abhilfe geschaffen würde, wäre schon viel gewonnen. Ausserdem hat sich der Gesetzgeber dann noch mit einer Ergänzung des Handelsgesetzbuches insoweit zu befassen, als die Emission von Convertiblebonds, die Ausschüttung von Halbjahresdividenden und andere Neuerungen, nach denen offenbar ein Bedürfnis besteht, auf regulärem, gesetzlichen Wege möglich ist, denn die Behilfsmassnahmen, mit denen man bisher auskommen zu können glaubte, sind durchaus unzulänglich; sie haben das deutsche Aktienrecht nur noch mehr diskreditiert und die Effektenmärkte weiter ruiniert. Anscheinend ist man aber in Grossbankkreisen noch immer kurzsichtig genug, sich einer Reform des Aktienrechtes, die in die vorgezeichneten Bahnen zu leiten wäre, zu widersetzen. Es liegt jedenfalls Grund zu dieser Annahme vor. Da das Verlangen und das praktische Bedürfnis nach einer Reform aber schon so weit um sich gegriffen hat und so mächtig geworden ist, dass ein Widerstand auf die Dauer unmöglich scheint, wird man vermutlich versuchen, auf die Regierung „einzuwirken", derart, dass die ganze Reform abgebogen wird. Mit einigen belanglosen Palliativmassnahmen wäre mehr geschadet als genutzt. Man wird auf diese Entwicklung jedenfalls achtzugeben haben. Trotzdem wollen wir hoffen, dass die Direktoren der Grossbanken, deren Blick freilich nicht sehr weit zu gehen scheint, noch rechtzeitig zur Einsicht kommen werden, und nicht nur eine vernünftige Reform in ihrem eigenen Interesse unterstützen, sondern auch eine weniger rücksichtslose und schädliche Emissionspolitik betreiben, als bisher leider der Fall ist. Sonst wäre es notwendig, dass die Aktionäre ihrer eigenen Institute gegen sie vorgehen. Denn sie sind letzten Endes diejenigen, die die Kosten tragen müssen.

Der Staatsfiskalismus als Retter?

Die Zahl derjenigen Leute, denen die Banken helfen können (und helfen müssen), ist nach dem Umfang ihrer Mittel stark beschränkt. Vor allem, wenn so grosse Engagements wie das des Stinnes-Konzerns liquidiert werden müssen. Von Woche zu Woch wird der Rest, der nach der vollständigen Auflösung des Konzernriesen übrig bleiben soll, geringer. Jetzt ist man gerade bei minus plus Null angelangt. Die Banken bzw. die Führer des Stützungskonsortiums haben offenbar selbst keinen zuverlässigen Einblick in ihre Liquidationsbilanz. Erst vor zwei Tagen hat sich „herausgestellt", dass die Anfangsverpflichtungen statt 155 Mill. RM wenigstens 180 Mill. RM ausmachen. Davon sind nach dem Verkauf des Riebeck-Montan- und des Riebeck-Oel-Paketes (für das der Kaufpreis in Riebeck-Montan-Aktien mit eingerechnet wurde) bisher erst zirka 55 Mill. RM abgedeckt, so dass aus dem übrigen Konzernvermögen noch zirka 125 Mill. RM herausgeholt werden müssen, wenn man gerade auskommen will. Ob ein so hoher Betrag aber erlöst werden kann, muss vorläufig dahingestellt bleiben. Die Aktiven, die jetzt noch zum Verkauf stehen, sind in der Hauptsache folgende: die Beteiligung an der Zeche Matthias, die Konzernflotte (für deren 250 000 t der kürzlich gerüchtweise genannte Preis von 5 Pfund Sterling pro Tonne recht günstig wäre), die Koholyt Akt.-Ges., die Hotelinteressen (Espanade [Berlin] und Atlantic [Hamburg]), die Beteiligung am Mühlheimer Bergwerksverein, zirka 30 000 Morgen landwirtschaftlicher Grundbesitz, eine grössere Anzahl städtischer Terrains, die Zeitungs- und Druckereiinteressen und das ursprüngliche Kohlenhandelsgeschäft (das eine jährliche Rente von 2 bis 3 Mill. RM abwerfen soll) sowie Debitoren und Warenvorräte im Schätzungswert von 20 bis 30 Mill. RM. Man wird im Zweifel sein können, ob nach den bisherigen Erfahrungen und den vorläufig erzielten Preisen der Familie Stinnes von allen diesen Werten zum Schluss auch nur das Kohlenhandelsgeschäft übrigbleibt, ja, ob die Banken nicht vielleicht sogar ein mehr oder weniger umfangreiches Defizit auf eigene Rechnung übernehmen müssen. Zum mindesten die Zinsen und Provisionen für die 90 Mill. RM, die sie in der Liquidationsbilanz des Stinnes-Konzerns stecken haben und die ihr Engagement zum Schluss alles in allem vermutlich auf mehr als 100 Mill. RM anschwellen lassen werden, sind vorläufig reichlich akademischer Natur. Selbst wenn man den Anteil von Edmund Stinnes mit in die Masse hineinbekommt, wird man froh sein müssen aus dieser gefährlichen Krise, an der die Banken selbst nicht ganz schuldlos sind, mit heiler Haut herauszukommen. Die Unsicherheit, die insofern immer noch besteht, ist ebenfalls eine schwere Last für die Börse. Daran kann auch die Tatsache kaum etwas ändern, dass die Tendenz gestern auf den Verkauf der beiden Riebeck-Pakete ziemlich fest war. Diese Erholung, die aber vielleicht nur vorübergehender Natur ist, hat man vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die Börse durch die weiteren Liquidationsverkäufe nur mittelbar berührt glaubt, da bis auf die Beteiligung am Mülheimer Bergwerksverein alle börsengängigen Werte bereits verkauft sind, und zwar so, dass von seiten der Käufer eine neue Belastung der Börsenmärkte offenbar nicht zu fürchten ist. Die Initiative der Banken ist jedoch durch die mit der Gesamtabwicklung fortdauernde Inanspruchnahme, die vermutlich noch nicht so bald zu lösen sein wird, auch weiterhin nicht unerheblich gehemmt, wenn man auch annehmen kann, dass schon mit Rücksicht auf das Ausland ein Zusammenbruch unter allen Umständen verhindert wird.

Die Hoffnung der Börse sowohl in dieser Hinsicht als auch in bezug auf eine allgemeine Stützungsaktion ist die öffentliche Hand. Wie freilich die Seehandlung oder die Preussenkasse oder andere Institute öffentlich-rechtlichen Charakters eingreifen sollen, darüber herrscht reichliche Unklarheit. Geradezu absurd wäre es, wenn man gestatten wollte, dass die öffentliche Hand direkt Aktien aus dem Markt nimmt und sich auf diese Weise in grösserem Umfange an der Industrie beteiligt. Werden doch die Gelder, die dabei angelegt würden, erst durch überspannte und ruinöse Steuern aus der Wirtschaft herausgepresst. Es ist charakteristisch und entbehrt nicht eines pikanten Reizes, dass es gerade der deutschnationale Reichsfinanzminister v. Schlieben ist, unter dessen Aegide der Staatsfiskalismus eine so überragende Stellung eingenommen hat, als deren Folge man in Finanzkreisen teilweise sogar eine verkappte Sozialisierung fürchtet. Uns scheint jedenfalls der unmittelbare Erwerb von Industrieeffekten durch die öffentliche Hand als ein Ding der Unmöglichkeit. Statt dessen sind vielleicht andere Wege gangbar, sei es in Gestalt einer Darlehnskasse, sei es in der Form eines Zusammenschlusses der interessierten Banken und Grossindustriellen. Vorbedingung dabei ist natürlich, dass die Beteiligten auch wirklich der Ansicht sind und die Mittel dafür haben, das Kursniveau nicht nur auf kurze Sicht, sondern auch á la longue einigermassen stabil halten zu können. Unter dieser Voraussetzung könnte man sich damit einverstanden erklären, dass einer solchen Darlehnskasse öffentliche Gelder in bestimmtem Umfange zur Verfügung gestellt werden, jedoch nur zu dem Zweck, Industrieeffekten zu Kursen aufzunehmen, die intern festgelegt sind, und auf diese Weise zu verhindern, dass die schwach gewordenen Depots in die Börsenmärkte fliessen. Aber auch eine solche Regelung dürfte selbstverständlich nur interimistischen Charakter tragen. Die Industrie und die Banken müssen sich bei einer vernünftigen Finanzgebarung des Reiches und der Länder, aus sich selbst und aus den reorganisierten Emissionsmärkten heraus alimentieren. Vorübergehend können aber fiskalische Hilfsmassnahmen nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig sein; denn es besteht ein eminentes volkswirtschaftliches Interesse daran, dass die Börsenmärkte nicht in vollständige Agonie verfallen, da damit die Emissions- und Kreditmöglichkeiten, vor allem soweit das Ausland in Frage kommt, immer geringer werden.

* Ausschreibungen.

Federstahl. Die Staatsverwaltung der südafrikanischen Eisenbahnen und Häfen schreibt die Lieferung grösserer Mengen Federstahl in Stangen und Drähten aus. Näheres durch South African Union London, Trafalgar Square. Termin 3. September. — **Lokomotivdampfkran.** Die Hafenverbände in Oamaru schreiben die Lieferung und Montage eines 7 Tons Lokomotivdampfkrans aus. Sicherheitsleistung 100 Pfd. Sterling. Vertretung an Ort und Stelle zu empfehlen. Näheres durch das New-Zealand House, Strand 415. Termin 29. September. — **Achsbuxen.** Der Inspecting Engineer der ägyptischen Staatseisenbahn schreibt die Lieferung von 500—1000 Achsbuxen 1 und 2, aus Gussstahl oder Pressstahl für Kairo aus. Näheres durch das ägyptische Generalkonsulat, Berlin W., Bülowstrasse 105. Ohne Termin. — **Waggons für Holztransport und Untergestelle.** Die Direktion der Madras und Southern Mahratta Railway schreibt die Lieferung von 15 vierachsigen Waggons für Holztransporte sowie für Untergestelle für Frachtwagen aus. Näheres durch die Direktion der Gesellschaft 25 Buckingham Palace Road London S. W. Termin 18. August. Beizufügen je 1 Pfd. Sterling 1 sh. — **Topographische Instrumente.** Der Ausschuss für staatliche Lieferungen in Athen (Griechenland) schreibt die Lieferung von topographischen Instrumenten und Zeichenutensilien für den kartographischen Dienst des Heeres aus. Näheres sowie Unterlagen bei der griechischen Handelskammer in Deutschland, Berlin W. 50, Rankestrasse 6. Termin 20. August.

*** Aenderungen der Usance für den Handel in Versicherungsaktien?** In der letzten Zeit haben sich, wie wir hören, bei dem Börsenverkehr in Versicherungsaktien gewisse Gegensätze zwischen den Verwaltungen der Versicherungsgesellschaften und den Banken herausgestellt, die den Verkehr in diesen Werten vermitteln. Im allgemeinen herrschte die Gepflogenheit, dass die Banken, wenn die bei dem Handel in Versicherungsaktien notwendige Umschreibung im Aktionärverzeichnis der Gesellschaft erfolgen sollte, eine Bonitätserklärung über die Person des betreffenden Aktienerwerbers, und zwar ohne Obligo, abgaben. Diese Erklärung enthob die Versicherungsgesellschaften der Mühe, den umständlichen und zeitraubenden Weg der Einholung von Auskünften über den Aktionär zu beschreiten und die meisten Banken machten von der Abgabe einer Bonitätserklärung ohne weiteres Gebrauch. In neuerer Zeit scheinen sich jedoch in dem einen oder anderen Falle die Banken geweigert zu haben, solche Angaben über die Reflektanten für Versicherungsaktien, also über ihre Kunden, zu machen, und es ist daher zu Verhandlungen zwischen den Banken und Versicherungsgesellschaften darüber gekommen, in welcher Weise diese Angelegenheit künftighin einheitlich und allgemein gültig geregelt werden kann. Diese Verhandlungen, ebenso auch Besprechungen mit den Börsenbehörden, haben noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt, und sie werden nach unseren Informationen in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Ob man, wie von anderer Seite gemeldet wurde, dabei zu einer Aenderung der Usance im Börsenverkehr mit Versicherungsaktien gelangen wird, die vorsieht, dass der Käufer von Versicherungsaktien ein Depot in Höhe des nicht eingezahlten Aktienbetrages hinterlegen muss, bis die Umschreibung im Aktionärverzeichnis der betreffenden Gesellschaft erfolgt ist, steht heute durchaus noch nicht fest und dürfte ziemlich unwahrscheinlich sein, da im Anschluss an eine solche Aenderung der Usance der Handel in Versicherungsaktien wohl so gut wie ganz zum Erliegen kommen würde.

*** Der Stand der Reparationssachlieferungen.** Seit Wiederaufnahme der Reparationssachlieferungen sind von Frankreich neue Verträge im Betrage von etwa 100 Millionen Mark geschlossen worden; die belgischen neuen Verträge erreichen nicht ganz 20 Millionen Mark. Von den sonstigen Reparationsempfängerstaaten hatte nur noch Rumänien innerhalb seines Kontingents Raum für neue Verträge, die inzwischen auch abgeschlossen worden sind und deren Abwicklung das rumänische Kontingent für etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen wird. Die französischen Bestellungen umfassen neben den bekannten Kohlen-, Stickstoff- und Farbenlieferungen insbesondere Werkzeugmaschinen, Eisen und einzelne Fabrikeinrichtungen für Walzwerke, Brauereien und andere. In der Abwicklung haben sich bisher nur bei Holz gewisse Schwierigkeiten bemerkbar gemacht, da es nicht möglich ist, zu den von französischer Seite gebotenen niedrigen Preisen Lieferungen von in Deutschland geschnittenem Holz tatsächlich durchzuführen.

*** Berliner Börsenruhetag.** Das Geschäft während der heutigen Vormittagsstunden stand unter dem Zeichen der bei Wochenschluss eingetretenen Besserung der Aktienkurse. Die Führung in der Aufwärtsbewegung behielten die Farbwerke. Infolgedessen fanden in Chemie-Aktien während des heutigen börsenfreien Sonnabends von Bureau zu Bureau einige Umsätze statt. Die Kurse bewegten sich etwa auf dem Niveau der Frankfurter Abendbörse, und zwar stellten sich Höchster Farben auf 117½ pCt., Elberfelder Farben auf 117½ pCt., Badische Anilin auf 124½ bis 125 pCt. Vermehrtes Interesse bestand ferner für Oesterreichische Kredit, da aus Wien feste Kursmeldungen über dieses Papier vorlagen. Man nannte eine Notiz von 7,70 (Vortag 7⅜). Für Montanaktien regte der erfolgte Verkauf des Riebeck-Paketes aus dem Stinnes-Besitz an, so dass Phönix mit 67½pCt., Harpener mit 93pCt. umgingen. Von heimischen Anleihen stellten sich Kriegsanleihe auf 0,200 pCt., Schutzgebiete blieben umsatzlos. Die Geldlage hat sich weiter mässig erleichtert, der Satz für tägliches Geld lautete bei minimalen Abschlüssen auf 9½ bis 11 pCt. Im internationalen Devisenverkehr lagen keine besonderen Anregungen vor. Die Kurse unterlagen daher kaum nennenswerten Schwankungen.

*** Die nochmalige Verzögerung der öst[…] reich-ungarischen Vorkriegsschuldenregelu[…]** Uns wird geschrieben: Nach verschiedenen langwierigen, d[…] aber nicht minder ergebnislosen Konferenzen zwischen den [Ver]tretern der Nachfolgestaaten, der Reparationskommission [...] früheren Schuldnerstaaten war die schwierige Materie [...] Verteilung der Schuldsumme unter die Nachfolgestaaten und [...] Vorbereitung des Zinsendienstes, nicht zuletzt auf energis[…] Drängen von seiten der Reparationskommission, die den un[…] gesetzten Streitigkeiten hier nun endlich einen Abschluss [...] geben wünschte, soweit gediehen, dass eine zum 24. Juli [...] Prag einberufene Konferenz, an der auch die Schutzvere[ini]gungen der von diesen Verhandlungen unmittelbar berüh[rten] Anleihekategorien teilnehmen sollten, die endgültige Rege[lung] des Anleihe- und Zinsendienstes für die Vorkriegsanleihen [der] vormals österreichisch-ungarischen Monarchie mit Bestimm[theit] erwarten liess. Lange genug ist auch die Frage der in d[eut]schem Besitz befindlichen Stücke sehr umstritten gew[esen] und es bedeutete einen nicht hoch genug zu veranschlage[nden] Erfolg, dass die zur endgültigen Durchführung des bekan[nten] Innsbrucker Abkommens im Dezember 1924 zu Paris gegrün[dete] Caisse Commune zum ersten Male zwei deutsc[he] den Gläubigerstaaten des Altauslandes vollkommen gl[eich]berechtigte Vertreter erhielt.

Allerdings verliefen die Verhandlungen über die deutschen Ansp[rüche] nur dort ohne jede Differenz, wo es sich um Anleihen handelte, bei [denen] der Goldcharakter der deutschen Emissionen von österreich[isch-]ungarischen Anleihen juristisch unanfechtbar festge[stellt] worden war. In allen anderen Fällen ging die Absicht der Re[para]tionskommission und selbstverständlich auch die der als Gläubiger [auf]tretenden Nachfolgestaaten unzweifelhaft dahin, die deutschen Ansp[rüche] einfach in Papiermark abzugelten. Die Tätigkeit der [deut]schen Schutzverbände erstreckte sich unverzüglich darauf, eine [Aner]kennung des Goldcharakters ihrer Anleiheforderungen in allen F[ällen] durchzusetzen, in denen die Gesamtemission nicht nur auf Mark [und] Kronen, sondern auch auf hochwertige Valuten handelte. Wenn i[n Er]kenntnis der inzwischen eingetretenen Entwertung der Mark es [unter]lassen worden ist, die Einlösung der deutschen Tranche durch eine [...] entsprechende Valutaklausel sicherzustellen, so darf — rein psycholo[gisch] gesehen — eine Rückzahlung in Papiermark schon aus Billigkeitsgr[ünden] nicht in Frage kommen, denn es besteht auch wohl auf seiten der [Gläu]bigerstaaten kaum ein Zweifel darüber, dass die Einzahlung der [deut]schen Zeichnungsbeträge zum vollen Goldwert erfolgte. Auf de[r an]deren Seite verfolgen natürlich die Nachfolgestaaten die Absicht[, den] ihnen durch die Verträge von Trianon und St. Germain aufoktroyi[erten] Schuldbetrag möglichst zu verringern. Bei den An[leihe]besitzern des Altauslandes wird ihnen dieser Wunsch unmöglich gem[acht,] da die betreffenden Währungen keinen oder aber nur einen rela[tiven] Wertverlust aufzuweisen haben. Deshalb wird nun offenbar mit [allen] Mitteln versucht, die deutschen, nicht minder berechtigten Ansp[rüche] mit dem Hinweis auf den Verfall der Markwährung und die jetzt [...] liegenden Sätze der Aufwertung unserer eigenen Vorkriegsanleihen [abzu]tun, ein Vorhaben, das nach den bisherigen Erfahrungen doch nic[ht] ohne weiteres zu einem nennenswerten Erfolg führen dürfte. A[usser]dem besteht in wichtigen Einzelfragen noch absolut keine [...] Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Schuldnerstaaten. Di[e seit] dem Juni 1923, also seit Unterzeichnung des Innsbrucker Protokoll[s er]folgte Verschleppung einer an sich bereits vertragsmässig fixierten [Rege]lung dürfte vielmehr zum allergrössten Teil auf derartige Meinung[sver]schiedenheiten zurückzuführen sein, wenn natürlich auch der de[utsch-]rumänische Konflikt vor wenigen Monaten ebenso wie der augen[blick]liche deutsch-polnische Streitfall nicht gerade dazu beitragen kon[nten,] die Regelung der deutschen Ansprüche etwas zu beschleunigen. [Das] Innsbrucker Abkommen erlangt erst dann seine Rechts[kraft,] wenn es von sämtlichen an dieser Regelung beteiligten Staaten [rati]fiziert worden ist. Da aber weder Polen, noch Rumänien oder [Jugo]slawien bisher ihr Einverständnis bekundet haben, dürfte die endg[ültige] Inkraftsetzung dieses Vertrages noch einige Zeit auf sich warten l[assen.] Wie ungeklärt diese Frage noch unter den Nachfolgestaaten selb[st ist,] lässt eine Nachricht erkennen, dass die Aufteilungsquot[e für] die einzelnen Staaten jetzt noch eine grundlegende Verä[nde]rung erfahren soll. Doch soll die Quote für Oesterreich und U[ngarn] herabgesetzt und für Polen, Rumänien und Italien erhöht werden. [An] sich erscheint dieser Vorschlag durchaus diskutabel, denn es ist [unbe]dingt aussichtsvoller und angemessener, die finanziell stärkeren [Kon]zessionsstaaten in etwas erhöhtem Umfange zur Schuldübernahme h[eran]zuziehen. Andererseits ist natürlich eine erhebliche Opposition auf s[eiten] der hiervon betroffenen Staaten bereits vor Beginn der Prager Konf[erenz] in einem Umfange zutagegetreten, der eine neuerliche Verschiebun[g des] Verhandlungstermins auf Anfang November bewirkt hat.

Es sollen auch zwischen der Tschechoslowakei [...] auf der anderen Seite mit Jugoslawien und Rumä[nien] Meinungsverschiedenheiten entstanden sein, die [sich] um die endgültige Aufteilung österreichisch-ungarischer [...] und Stiftungen entspannen. Da die Auseinandersetzung der [...] entsprechend erfolgen soll, erhält die Tschechoslowakei [den] grössten Anteil. Den hiergegen erhobenen Einwendungen [der] beiden erstgenannten Staaten zeigt sich die Tschechoslow[akei] vollkommen ablehnend, so dass die Konferenz allein aus [dem] Grunde einer abermaligen Vertagung anheimfiel, weil weder [Ru]mänien noch Jugoslawien die Absicht hatten, mit Rücksich[t auf] diesen Konflikt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Es [ist] hierbei nur zu bedauern, dass die Erfüllung der deutschen [An]sprüche durch derartige interne Differenzen noch weiter hi[naus]geschoben werden, und es wäre zu hoffen, dass die Repara[tions]kommission nun endlich mit ihrer Absicht ernstmacht, ein[e Er]ledigung dieses komplizierten Fragengebietes nötigenfalls ge[walt]sam herbeizuführen.

*** Keine Erhöhung der Kalipreise.** Durch [die] Presse ging die Meldung, dass das Deutsche Kalisyndikat [eine] Erhöhung der Kalipreise von jetzt 17,50 M auf 2[...] beabsichtige. Wie wir hierzu hören, entspricht diese Me[ldung] nicht den Tatsachen, es hat überhaupt noch [keine] Sitzung des Kalisyndikats stattgefunden, die sich mit der [Preis]frage beschäftigt hat. Die nächste Sitzung des Deutschen [Kali]syndikats wird voraussichtlich Ende dieses Monats oder A[nfang] September stattfinden. Auch hierbei ist eine Besprechun[g der] Preiserhöhung nicht in Aussicht genommen.

*** Die Anleiheverhandlungen der Rentenbankkr[edit]anstalt in New-York.** Wie der „D. H. D." meldet, werd[en in] Kreisen der Wallstreet die Anleiheverhandlungen mit der Deu[tschen] Rentenbank lebhaft besprochen. Danach beabsichtigt bekanntlic[h die] Rentenbank-Kreditanstalt, bei der National City Banc[...] Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollars und [bei] Harry's Forbest and Co. einen solchen von 10 Millio[nen] Dollars aufzunehmen. Die Regelung der beiden Anleihen sei [so] wie sicher. Man glaubt, dass die Anleihen bereits im Septembe[r auf]gelegt werden können, wenn bis dahin die formalen Vorbeding[ungen] erfüllt sind.

*** Hansa-Werke Akt.-Ges. in Bremen.** In der G[ene]ralversammlung wurden die Regularien genehmigt. Au[s dem] Ueberschuss des Jahres 1924 von 5547 RM werden 8 pCt. [Divi]dende auf die Vorzugsaktien Lit. A und 6 pCt. auf die Vorzugs[aktien] Lit. B verteilt. Der Rest von 3267 RM wird auf neue Rec[hnung] vorgetragen. Der Generalversammlungsbeschluss vom 29. Dez[ember] 1924 über die vorgesehene Kapitalserhöhung um bis zu 180 00[0 RM] wurde dahin abgeändert, dass die Durchführungsfrist der Erhöhu[ng um] ein Jahr bis 31. Dezember 1926 verlängert wurde.

*** Der Ultimoausweis der Oesterreichischen Nati[onal]bank. — Ermittlung der Devisenkurse auf der [Basis] von Angebot und Nachfrage?** Der Ultimoauswei[s der] Oesterreichischen Nationalbank weist eine gross[e Zu]nahme des Barschatzes und des Notenumlaufes auf. Der Barscha[tz hat] sich um 44,89 Millionen, der Notenumlauf um 90,66 Millionen, d[as Es]compte um 3,12 Millionen erhöht, während die Giroverbindlichkeit[en] um 45,83 Millionen, die sonstigen Passiven um 5,7 Millionen, die [...] devisen um 1,28 Millionen Schillinge verminderten. Das Deckun[gsver]hältnis beträgt 62,2 pCt. (letzthin 60,2 pCt.). Die Nationalbank [teilt,] wie uns drahtlich aus Wien gemeldet wird, mit, dass sie nach St[udium] der Frage der Goldrelation des Schillings zu der A[nsicht] gelangt sei, dass das bisherige System der Ermittlung der Devise[nkurse] auf Basis des starren Dollarkurses von 710,6 aufzugeben sei. Von [einem] nahen Zeitpunkte ab werde auch bei der Notierung der Devise N[ew] York das jeweilige Angebot und die aktuelle Nachfrage durch [ge]fügige Kursschwankungen unter, beziehungsweise über die Gold[parität] von 710,67 Schilling für 100 Dollar zum Ausdruck kommen. De[r Aus]schlag dieser Schwankungen ist durch die Goldversendungs[punkte] eng begrenzt, sie dürften aber diese äussersten Grenzen nur in Aus[nahme]fällen erreichen.

Berliner Produktenverkehr.

Berlin, 8. August.

Die neue starke Hausse Chicagos wird hier mit grossem Misstrauen betrachtet, und auch in Liverpool fanden die überseeischen Preissteigerungen nur unerheblichen Widerhall. Das Inlandsangebot von Weizen ist höher gehalten und fand mässigen Umsatz. Von Auslandsweizen ist nach Sachsen besonders gestern nachmittag mehr gehandelt worden. Die Lieferungspreise konnten sich dem überseeischen Einfluss nicht ganz entziehen, doch blieb die Unternehmungslust sehr vorsichtig. Für Roggen bekunden die Berliner Mühlen wieder Kaufneigung zu eher festeren Preisen als gestern. Die Provinzforderungen lauteten höher. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft war die Preislage auch etwas befestigt bei ruhigem Verkehr. Für Gerste will sich der Umsatz noch immer nicht recht entwickeln, doch kommt mehr Material heraus. Auch von Hafer hat sich das Angebot gemehrt. Die Tendenz für den Artikel blieb bei letzten Preisen ziemlich fest. Für Mehl hat das feste Ausland die Frage nach Weizen- wie Roggenmehl etwas angeregt. Futterartikel weiter ruhig.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	8. 8.	7. 8.		8. 8.	7. 8.
Weizen, neuer	255-258	253-256	Weizenkleie,		
- pom.	—	—	fr. Bln.	14,00	14,00
Roggen, märk.	190-196	190-196	Rogg.-Kl. fr Bl.	13,75	13,75-13,80
- meckibg.	—	—	Raps	355-360	355-360
- pom.	—	—	Leinsaat	—	—
Gerste, Futter-	—	—	Viktor.-Erbs.	27,00-34,00	27,00-34,00
N. Winterg.	192-200	192-200	Kl. Speiseerbs.	25,00-27,00	25,00-27,00
Hafer, märk.	224-232	227-234	Futtererbsen	23,00-25,00	23,00-25,00
- pomm.	—	—	Peluschken	23,00-25,00	23,00-25,00
- westpr.	—	—	Ackerbohnen	—	—
Mais, loco Bln.	—	—	Wicken	26,00-28,00	26,00-28,00
Waggfr. Hbg.	214-216	214-216	Lupinen, blau	12,50-14,50	11,75-13,25
Weizenmehl p.			Lupinen, gelbe	15,00-16,50	15,00-16,50
100 kg tr. Bln.			Seradella alte	—	—
br. incl. Sack			neue	—	—
(feinst. Mark.			Rapskuchen	16,60-16,80	16,60-16,80
über Notiz)	33,50-35,50	33,25-35,50	Leinkuchen	23,60-24,00	23,60-24,00
Roggenmehl			Trockschnitz.	12,20-12,50	12,20-12,50
per 100 kg fr			Soya-Schrot	22,40-22,60	22,40-22,60
Bln. br. incl.			Torfmel. 80/70	10,00	10,00
Sack	27,50-29,25	27,50-29,25	Kartoffelflock.	26,40-26,70	26,20-26,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte.

Roggen: September 206,5, Oktober 211,5—211.
Hafer: September 196, Oktober 201.
Weizen: September 266, Oktober 268—269.

✱ **Amtliche Butternotierungen** vom 8. August. 1. Qualität 1,97 RM, 2. Qualität 1,80 RM, abfallende Butter 1,60 RM.

✱ **Marktpreise des Zentralviehhofs, Berlin.** Auftrieb: Rinder 2540, Bullen 537, Ochsen 812, Kühe und Färsen 1191, Kälber 1330, Schafe 10 416, Schweine 5202, Ziegen 83, Auslandsschweine 296. Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen ruhig, bei Schweinen glatt. Ochsen a) 60—64, b) 54—57, c) 48—52, d) 40—46, Bullen a) 60—64, b) 55—58, c) 49—53, Färsen und Kühe a) 58—63, b) 50—55, c) 39—45, d) 30—36, e) 24—28, Fresser 42—50, Kälber a) —, b) 82—89, c) 70—80, d) 58—68, e) 50—56, Schafe a) 50—58, b) 35—43, c) 25—32, Schweine a) —, b) 89—90, c) 87—89, d) 84—87, e) 80—83, Sauen 78—84, Ziegen 19—22.

✱ **Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse.** Terminpreise für Weisszucker (inklusive Sack frei Seeschiffseite Hamburg) für 50 kg netto. August 15,80 Brief, 15,60 Geld, September 15,95 Brief, 15,80 Geld, Oktober 15,80 Brief, 15,70 Geld, November 15,70 Brief, 15,60 Geld, Dezember 15,75 Brief, 15,65 Geld, Oktober-Dezember 15,75 Brief, 15,65 Geld, Januar-März 16 Brief, 15,90 Geld, März 16,10 Brief, 16 Geld. [illegible]

✱ **Hamburg,** 8. August. Kaffee-Terminnotierungen: Amtlich: per September 96¾ Brief, 96 Geld, per Oktober 95½ Brief, 94½ Geld, per Dezember 92½ Brief, 92 Geld, 92 bezahlt, per März 87 Brief, 86½ Geld, per Mai 85 Brief, 84½ Geld, Tendenz behauptet. — Nichtamtlich: per September 96¾ Brief, 96½ Geld, 96½ bezahlt, per Oktober 95½ Brief, 94½ Geld, per Dezember 92½ Brief, 92¼ Geld, per März 87 Brief, 86¾ Geld, per Mai 85 Brief, 84¾ Geld, 85 bezahlt. Tendenz behauptet.

✱ **Bremer Baumwollkurse** vom 8. August. Mitgeteilt von der Firma A. Lewin, Berlin C. 2. Notierungen des Bremer Vereins für Terminhandel in Baumwolle. Nordamerikanische Baumwolle Basis middling nichts unter loko middling nach den Bedingungen des Vereins. Preis per 1 lb. in U.-S.-Cents. Januar 25,43 G., 25,51 B., März 25,60 G., 25,64 B., Mai 25,78 G., 25,89 B., Juli 25,97 B., September 25,40 G., 25,70 B., Oktober 25,45 G., 25,59 B., Dezember 25,55 G., 25,62 B. Tendenz stetig.

✱ **Liverpool,** 8. August. (Schluss.) Weizen ruhig, per Oktober 11/5¾ (letzter Schluss: 11/5), per Dezember 10/11¼ (10/10⅝), Mais ruhig.

✱ **Alexandria,** 7. August. Ashmouni per August 32,08 (31,95), Ashmouni per Oktober 32,12 (31,98), Sakellaridis per November 46,48 (46,55), Ashmouni per Dezember 32,10 (32,25), Sakellaridis per Januar 45,20 (45,20).

∞ **Die Diskontermässigung der Bank von England von 5 auf 4½ pCt.,** über die wir bereits berichteten, bedeutete, wie unser Auslandskorrespondent meldet, für die Londoner City eine Ueberraschung, wenn auch schon seit Wochen infolge des starken Goldzuflusses aus dem Auslande gerüchtweise von einer derartigen Massnahme verlautete. Nicht nur die für eine Senkung des offiziellen Geldsatzes ungewöhnliche Jahreszeit der Rüstung für die grossen Herbstimporte, sondern auch die flüssige Lage des englischen Geldmarktes machte eine Diskontherabsetzung vom rein geldpolitischen Standpunkt aus recht unwahrscheinlich. Denn erstens ist die Geldnachfrage in der englischen Wirtschaft infolge einer ziemlich allgemeinen Geschäftsstockung von Woche zu Woche zurückgegangen, ohne dass die Höhe der Kreditkosten hierfür verantwortlich gemacht werden könnte, und zweitens erscheint offenbar nun die beabsichtigte Erweiterung des Kreditkontingents der Bank von England auf Grund ihrer jüngsten Goldzuflüsse von über 8 Mill. Pfund als gewagt; denn diese Erhöhung des Goldbestandes erfolgte nicht auf Grund einer wirklichen Aktivität der englischen Zahlungsbilanz, sondern durch internationale Vereinbarungen, die im Grunde Kreditcharakter haben und das Beharren des neuen Goldes in den Kassen der Bank von England keineswegs sicher erscheinen lassen. Die relative Schwäche des Pfundes, die seit einigen Tagen zu verzeichnen ist, kann wohl bereits als ein Symptom dafür gelten, dass die neu erworbenen Goldmengen unter Umständen über kurz oder lang wieder abschiessen könnten. Wenn trotzdem der Diskontsatz gesenkt wurde, so ist hieraus erstens zu erkennen, dass die Bank von England die Möglichkeiten einer Zunahme des Geldbedarfs innerhalb der englischen Wirtschaft für gering hält und dass sie es in Anbetracht dessen wagen zu können glaubt, ihrerseits durch Verbilligung der Geldsätze zu einer Senkung der industriellen Produktionskosten beizutragen. Diese Aufgabe ist in England allmählich in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden, und man scheut zur Erreichung dieses Zweckes offenbar nicht davor zurück, dass möglicherweise schon bald wieder eine Erhöhung des Zinsfusses notwendig werden wird, um die Goldbestände zu schonen und einen allzu starken Abfluss aus den grossen ausländischen Guthaben bei englischen Banken zu verhindern. Immerhin notiert der Satz der Bank von England doch um 1 pCt. über dem der New-Yorker Federal Reserve Bank: das heisst in einer Höhe, die vor den Bemühungen um Hebung des Pfundkurses durch Anlockung ausländischer Gelder nach London als ausreichend zur Stabilhaltung der englisch-amerikanischen Währungsrelation erkannt worden war. Aus diesem Grunde wird die Gefahr eines plötzlichen Rückflusses amerikanischer und sonstiger fremder Gelder vorläufig nur für gering gehalten.

✱ **Preussischer Saatenstand Anfang August.** Die Statistische Korrespondenz gibt folgende Begutachtungsziffern des Saatenstandes in Preussen Anfang August bekannt, wobei zwei gut, drei mittel bedeutet. In Klammern sind die entsprechenden Begutachtungsziffern für den Vormonat und für Anfang August des Vorjahres beigefügt. Winterweizen 2,7 gegen Vormonat 2,5 und gegen August 1924 3. Sommerweizen 3,1 (-3,1 bzw. 2,9), Winterroggen 2,6 (2,5 bzw. 3,2), Sommerroggen 3,2 (3 bzw. 3), Wintergerste 2,5 (2,5 bzw. 3), Wintergerste 2,5 (2,5 bzw. 3), Sommergerste 2,9 (2,9 bzw. 2,7), Hafer 3,1 (3,2 bzw. 2,7), Gemenge aus Wintergetreide 2,9 (2,9 bzw. 2,9), Gemenge aus Sommergetreide 3,1 (3,1 bzw. 2,7), Buchweizen 3,2 (nichts bzw. 2,9), Erbsen und Futtererbsen 3,1 (3 bzw. 2,6), Speisebohnen 3,1 (nichts bzw. 2,6), Ackerbohnen 3,3 (3,1 bzw. 2,6), Linsen und Wicken 3 (2,9 bzw. 2,6), Kartoffeln 2,9 (2,7 bzw. 2,7), Zuckerrüben 2,9 (2,8 bzw. 2,7), Futterrüben 2,9 (2,9 bzw. 2,7), Flachs 3,1 (2,9 bzw. 2,7), Klee 3,1 (2,7 bzw. 2,9), Luzerne 3,2 (2,8 bzw. 3), Rieselwiesen 3 (2,6 bzw. 2,6), andere WiWesen 3,4 (3 bzw. 2,9). Infolge der anhaltenden Dürre zeigen die Begutachtungsziffern eine nicht ganz unbedenkliche Verschlechterung des Saatenstandes und damit der Ernteaussichten gegen den Vormonat.

✱ **Der Abschluss der Werschen-Weissenfelser Braunkohlen-Akt.-Ges. — 8 pCt. Dividende.** Die Bilanzarbeiten für das Geschäftsjahr 1924/25 sind, wie die Gesellschaft mitteilt, nunmehr soweit gediehen, dass der Vorstand einer demnächst stattfindenden Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft eine Dividende von 8 pCt. auf das anlässlich der Goldmarkumstellung heraufgesetzte Kapital von 17,5 Millionen RM vorzuschlagen beabsichtigt. Diese Quote bedeutet eine 10proz. Verzinsung des ursprünglichen Kapitals von 14 Millionen M.

✱ **Preiserhöhung für Zement.** Der Norddeutsche Zement-Verband hat mit Wirkung vom 5. August den Preis für hochwertigen Portlandzement um 2 M pro To. erhöht. Damit ist auch für Norddeutschland die Preishöhe erreicht, die in Süddeutschland schon seit mehreren Wochen gilt.

✱ **Zu den Vorgängen bei der Zuckerraffinerie Genthin.** Auf das in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichte Schreiben des ehemaligen Direktors Dr. Thiele teilt uns die Zuckerraffinerie Genthin folgendes mit: „Die Zuschrift des entlassenen Direktors Dr. Thieler sucht die Verantwortung für die in dem vorhergehenden Wirtschaftszahr entstandenen fabrikatorischen Verluste von der technischen Leitung abzuwälzen. Der Versuch ist verständlich, die aufgestellten Behauptungen werden indes durch die zahlreich eingeholten Gutachten widerlegt. Im einzelnen hierauf einzugehen würde zu weit führen. Die Behauptung des technischen Leiters gründet sich für die Kampagne 1924/1925 in der Hauptsache darauf, dass ihm während der ersten fünf Wochen der Kampagne gegen seinen Willen ausschliesslich Kohlen der Jacobs-Grube geliefert worden seien, die er nicht verwenden konnte. Wir stellen demgegenüber fest: Die Bestellungen der Kohlenlieferungen erfolgten durch die kaufmännische Verwaltung. Wenn die gelieferte Kohle für die technische Leitung nicht zu verwenden war, so war es nicht nur deren Recht, sondern auch ihre Pflicht, die Lieferung solcher Kohle unter allen Umständen abzulehnen. Wenn der technische Leiter trotz der ihm bekannten, angeblich minderen Qualität die Verwendung der Kohle der Jacobs-Grube nicht abgelehnt hat, und zwar während der Dauer von fünf Wochen, so trifft ihn hierfür die Verantwortung. Ferner ist in den ersten fünf Wochen der Kampagne keineswegs ausschliesslich Kohle der Jacobs-Grube verfeuert worden, sondern nur etwa 30 pCt. des Gesamtverbrauches. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat den Verbrauch der Kohle aus der Jacobs-Grube angeregt, um die Verwendungsmöglichkeit der verschiedenen Kohlen zu vergleichen. Ein Zwang zur Verwendung einer bestimmten Kohle ist von ihm auf die Direktion nicht ausgeübt worden. Die technische Leitung hätte sich einem solchen Zwange auch nicht unterwerfen dürfen, wenn die Kohle nicht verwendungsfähig war. Die bevorstehende gerichtliche Verhandlung wird ergeben, inwieweit der entlassene technische Leiter mit seinen Versuchen, sich durch Belastung anderer Personen der Verantwortlichkeit zu entziehen, Erfolg haben wird." Wir haben dieser Zuschrift Raum gegeben, um zunächst auch dem anderen Teil Gehör zu verschaffen, behalten uns aber vor, auf diese Angelegenheit noch zurückzukommen.

✱ **Amerikanische Wirtschaftsnachrichten.** New-York, 8. August. (Funkspruch.) Die **American Brass Co.** erhöhte die Preise für Messing- und Kupferwaren um ¼ Cent für das Pfund. — Die **Stahlingotproduktion** betrug im letzten Monat 3 088 000 Tonnen gegen 3 207 000 Tonnen im Juni dieses Jahres. — Im Marinsferrydistrikt im Staate Ohio arbeiten die sämtlichen **Stahlwerke** zum ersten Male seit dem Kriege **mit vollem Betrieb.** — Nach **Duns Statistik** stiegen 41 Engrospreise, während 23 rückgängig waren. — Die Höhe des in **Neubauten angelegten Kapitals** ist im letzten Monat wiederum geringer gewesen. Die Summe wird mit 319 310 000 Dollars angegeben gegen 326 000 000 Dollars im Juni. — Nach der Fachzeitschrift „Daily Totaltrade" haben die französischen Fabrikanten von **gusseisernen Röhren** ihr Angebot um 6 Dollars die Tonne auf 41 Dollars ermässigt, um einen grösseren Auftrag für den Panamakanal zu erhalten. — Seitens der Gummikäufer wird in immer stärkerem Masse Zurückhaltung beobachtet im Hinblick auf die Annahme, dass mit einer **Herabsetzung der Rohgummipreise** zu rechnen ist. — Nach einer Schätzung der National Citybank bezifferte sich die **kubanische Zuckerproduktion** bis zum 31. Juli auf 5 070 000 Tonnen. Sieben Zuckermühlen sind noch mit dem Mahlen beschäftigt. — Der **Export von Kautschukwaren** erreichte im letzten Halbjahre einen Wert von 23 857 000 Dollars gegen 19 649 000 Dollars im gleichen Zeitraume des Vorjahres. — Die **Einfuhr von Kohlenteerfarben** nach den Vereinigten Staaten belief sich im Juli auf 676 000 Pfund im Werte von 693 000 Dollars gegen 377 000 Pfund im Werte von 334 000 Dollars im Vormonat. 57 Prozent der Julieinfuhr lieferte Deutschland, 32 Prozent die Schweiz. — Nach den Wochenberichten der Zeitungen sind die **Geschäftsaussichten in den Vereinigten Staaten** ermutigend, wenn man den drohenden Kohlenarbeiterstreik nicht mit in Rechnung stellt. Nach den Anzeichen zu schliessen, dürfte mit einem guten Handel im Herbst zu rechnen sein. Auf den Kurzwarenmärkten ist die Stimmung behauptet.

✱ **Wechselkurse in Südamerika.** (Tel. der D. Ue. B., Berlin.) Buenos Aires, 7. August. London (Kabelzahlung) 45 7/16 d. = 1 oro-Doll., New-York (Kabelzahlung) 108,80 oro-Doll. = 100 US.-Doll., Berlin (Kabelzahlung) 3,86 RM = 1 oro-Doll. — Lima, 7. August. London (90 Tage Sicht) 24¼ pCt. Prämie, New-York (Sicht) 3,87 US.-Doll. = 1 Lp. — Montevideo, 7. August. New-York (Kabelzahlung) 100,10 oro-Doll. urug. = 100 US.-Doll.

Leitender Redakteur der Handelszeitung: Dr. Felix Pinner.

BERLINER MESSEN

3. Fachmesse der
Schuh- und Leder-Wirtschaft
in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm
vom 9. bis 12. August
Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Nachtrag zur Morgen-Ausgabe.

✱ **New-York,** 7. August. (Privat-Funkspruch.) **Berlin 23,80 bis 23,82** (Not. v. 6. 8.: 23,80 bis 23,82). Kaffee Santos Nr. 4 loko 23¼ (23⅛), Rio Nr. 7 loko 20⅝ (20¼), Tendenz fest, per September 18,45 (18,19), per Dezember 16,45 (16,23), per März 15,26 (14,98), per Mai 14,52 (14,05), per Juli 13,75 (13,35). Baumwolle stetig, loko 24,55 (24,50), per August 23,72—23,72 (23,70—23,70), per September 23,80—23,80 (23,84—23,84), per Oktober 24,04—24,05 (24,01—24,03), per Dezember 24,24—24,25 (24,20 bis 24,20), per Januar 23,74—23,75 (23,67 bis 23,68), per März 24,03—24,05 (23,98 bis 23,98), per April 24,18—24,18 (24,14 bis 24,14), per Mai 24,34—24,34 (24,30 bis 24,30), per Juli 24,28—24,28 (24,30 bis 24,30), Schmalz prime Western 18,20 (18,05), Talg extra lose 10¼ (10¼), Petroleum in Cases 16,40 (16,40), in Tanks 6,00 (6,00), Standard white 13,00 (13,00), Pennsylvania-Rohöl 3,45—3,90 (3,45 bis 3,90), Zucker Zentrifugal willig, per September 2,58 (2,58), per Dezember 2,72 (2,74), per Januar 2,73 (2,75), per März 2,79 (2,80), Kautschuk later crepe loko 84½ (85¼), smoked sheet 84½ (85¼). Terpentin — (97), Savannah-Terpentin — (97).

Dollarparität: 4,198 Reichsmark, 4,201 Reichsmark.

✱ **New-York,** 7. August. (Privat-Funkspruch.) Weizen Rotwinter loko 176⅛ (Not. v. 6. 8.: 170), Hartwinter loko 185¼ (179), Mais loko 121 (120⅝), Mehl spring wheat clears 8,25—8,75 (7,75—8,25).

Berliner Handelsregister.

Abteilung A.

Andreas Caspar, Generalvertrieb chem. Produkte, Berlin, Alexandrinenstraße 93/94. Inh.: Andreas Caspar. — Oscar Göpfert, Kohlen- und Holzhandlung, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 57. Inh. Oscar Göpfert.

Abteilung B.

Friedrich Cohn & Co. G. m. b. H., Landesprodukte, Berlin-Friedenau, Sohlerstraße 25. Geschäftsf.: Friedrich Cohn. Grundk.: 10 000 Rm. — Derenn Cigarettenfabrik G. m. b. H., Berlin, Gerichtstr. 23. Geschäftsf.: Irma Gütter, Leopold Grünberger. Grundk.: 10 000 Rm. — Deutsche Commissions- und Handelsges. m. b. H., Berlin, Memeler Straße 43. Geschäftsf.: Paul Wirges. Grundk.: 5000 Rm. — W. Dulberg, Levy & Co. G. m. b. H., Schuhwarenvertrieb, Berlin, Große Frankfurter Straße 137. Geschäftsf.: William Dulberg, Albert Levy. Grundk.: 10 000 Rm. — Gemüsekonsum G. m. b. H., Berlin, Neue Friedrichstraße 72. Geschäftsf.: Willy Manske, Max Topp, Heinrich Höfe. Grundk.: 10 000 Rm. — Hermann Hansen G. m. b. H., Pfandleihgeschäft, Berlin, Putlitzstr. 18. Geschäftsf.: Hermann und Eva Hansen. Grundk.: 5000 Rm. — Berliner Gesellschaft zur Förderung des Einfamilienhauses, gemeinnützige Ges. m. b. H., Berlin-Grunewald, Orberstraße 18b. Geschäftsf.: Dr.-Ing. Martin Wagner, Otto Damerow. Grundk.: 20 000 Rm. — Dr. Colmann Chemisch-pharmazeutische Produkte G. m. b. H., Berlin-Weißensee, Lehderstraße 97. Geschäftsf.: Dr. James Colmann. Grundkapital: 6000 Rm. — Berlin-Amsterdam-Paris (Berampa) P. M. A. Uiterwijk & Co. Handelsges. m. b. H., Berlin, Kommandantenstraße 18. Geschäftsführer: Jacobus Fontein, Pieter Uiterwijk, Hermann Fisch. Grundk.: 20 000 Rm. —

Konkurse.

(E. = Eröffnungstermin, A. = Anmeldefrist, G. = Gläubigerversammlung, P. = Prüfungstermin.)

Berlin.

Fa. **Gebr. Ziesemer,** Neue Friedrichstraße 38/40, alleiniger Inhaber Kfm. Friedrich Ziesemer, E. 4. 8., A. 10. 9., G. 2. 9., P. 29. 10.

Auswärts.

Arnstadt, Kfm. Adolf Merkel, Gotha, Mitgesellschafter der im Handelsregister nicht eingetrag. Firma Internationale Speditionsges. m. b. H. Merkel & Gessenhardt, Arnstadt, E. 1. 8., A. 9. 9., G. 26. 8., P. 23. 9., **Bamberg,** Kfm. Anton Kaffer, Inhaber eines Webwarenspezialgeschäfts, E. 3. 8., A. 4. 9., G. 28. 8., P. 18. 9., **Buer i. Westf.,** Kolonialwarenhändler und Menageverwalter Louis Buer in Hostermark, E. 1. 8., A. 15. 9., G. 29. 8., P. 29. 9., Termine im allgemeinen verlegt, **Hamburg,** Ges. i. Fa. Norddeutsche Baugef. m. b. H., E. 28. 4., A. 3. 10., G. 2. 9., P. 4. 11., Kfm. Johann Friedrich Wilhelm Wüllenweber, in nicht eingetrag. Handelsbez. Hohelufter Schuhzentrale, E. 3. 8., A. 3. 10., G. 2. 9., P. 4. 11., Kfm. Emil Italiener, E. 3. 8., A. 3. 10., G. 2. 9., P. 4. 11., Ges. i. Fa. A. Grote G. m. b. H., E. 3. 8., A. 3. 10., G. 2. 9., P. 4. 11., Kfm. Schmerl Turtel, E. 3. 8., A. 3. 10., G 2. 9., P. 4. 11., **Harburg a. E.,** Kfm. Ernst Voß, E. 3. 8., A. 21. 8., G. 26. 8., P. 28. 8., **Herzogenaurach,** Kfm. Schuhwarenvertrieb Andreas Teichert, E. 1. 8., A. 22. 8., G. 31. 8., P. 31. 8., **Ilmenau,** Fa. Silber- und Kupfererzbergwerk Akt.-Ges., Ilmenau, E. 3. 8., A. 15. 9., G. 2. 9., P. 23. 9., **Königsberg i. Pr.,** Kfm. Emil Wagner i. Fa. Krüger & Wagner, E. 28. 7., A. 31. 8., G. 28. 8., P. 9. 9., **Magdeburg,** Kfm. Carl Goerke, Zigarrenhändler, E. 1. 8., A. 10. 9., G. 28. 8., P. 18. 9., **Mannheim,** Kfm. Richard Eduard Ringwald in Mannheim und Emmendingen, E. 1. 8., A. 10. 9., G. 29. 8., P. 3. 10., Fa. Ringwald, Hoffmann & Co., offene Handelsges., Sitz in Bremen, Zweigniederl. Mannheim-Neckarau, E. 1. 8., A. 10. 9, G. 29. 8., P. 3. 10., **Trebbin, Krs. Teltow,** Büromöbelfabrik Bero Akt.-Ges., E. 1. 8., A. 12. 9., G. 1. 9., P. 22. 9.,

Hypotheken-Aufwertung.
Aufwertungsfragen aller Art regeln für Gläubiger u. Schuldner in konziliant. Form
Max Silberberg, Ernst Borchardt,
Büchersachverständige,
Berlin SO. 16, Schmidstr. 41.

Schrankkoffer
kaufen Sie am billigsten
Alexandrinenstr. 27. II. Etage.
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Nickel-Anoden preiswert abzugeb. Josef Wolffsohn, Fruchtstraße 72. Alexander 7729/8891.

Zuschneidemaschine
für Damenwäsche preiswert zu verkaufen.
Benno Rappaport, Neue Friedrichst. 27.

Hanfbindfaden
in allen Stärken promt und preiswert.
Wilhelm Ringer & Co.,
Berlin SW. 48, Hollendorf 4721.

Bei Kopfschmerz Migräne Neuralgie Zahnschmerz
Citrovanille
D.R.P.
Jn Apotheken
Keine schädlichen Nebenwirkungen auf **Herz-** und Gefässnerven.

Wostwag
West-Osteuropäische Warenaustausch-Aktien-Gesellschaft
Import — Export
Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 37A.
Geschäftsbericht.

Im ersten Halbjahr 1925 (Januar/Juli) hat die „Wostwag" Waren für rund 700 000 Rbl. nach Russland exportiert. Die wichtigsten **Ausfuhrartikel** waren: **Chemikalien, Gewürze, Drogen** und **technische Artikel.**

Der Import aus Russland erreichte im gleichen Zeitraum etwa 800 000 Rbl. Die **Hauptimportartikel** waren **Därme, Rosshaare, Medizinalkräuter, Federn, Eier** sowie Restposten von **Rauchwaren** und **georgischen Manganerzen.**

Die Exportwaren nach Russland stammen zu 90 % aus Deutschland, der Rest aus England bzw. Italien. Ebenso sind die aus Russland importierten Waren in der Hauptsache auf dem deutschen Markt abgesetzt worden.

Der Eierimport ist von der „Wostwag" erst vor kurzem aufgenommen worden. Die Gesellschaft hat zu diesem Zweck die Ankaufsorganisation des „Rossprodukt" übernommen und eine Eierabteilung in Woronesch sowie 25 Stationen in Zentralrussland eingerichtet. Bisher sind 150 Waggons Eier aufgearbeitet worden, von denen 100 Waggons bereits zur Einfuhr gelangt sind. Im ganzen wird im ersten Jahr mit einem Import von 400—450 Waggons gerechnet.

Ferner hat die Gesellschaft die Absicht, den **Geflügelimport** aufzunehmen (Einfuhr von Hühnern und Gänsen in gefrorenem Zustande).

Den Gesamtimport aus Russland hofft die Gesellschaft in diesem Jahr auf 3 Mill. Rbl. zu bringen.

Durch die vor kurzem abgehaltene Generalversammlung der Gesellschaft ist der Reingewinn nach Abzug aller Abgaben in Höhe von 297 120 Mark bestätigt worden. Hiervon werden 270 000 Mark dem Reservefonds überwiesen; eine Dividende gelangt nicht zur Ausschüttung. In den Vorstand, der ebenso wie der Aufsichtsrat in seiner alten Zusammensetzung bestätigt wurde, ist Herr Raabe von der Moskauer Hauptzweigstelle hinzugewählt worden.

Es besteht die Absicht, das Aktienkapital der Gesellschaft, das gegenwärtig 209 000 Mark beträgt, weiter zu erhöhen.

Leipziger Messe, Handelshof, 15 qm abzugeben. **Rich. Keiper,** Ritterstr. 36.

Einzel-Auskünfte über Geschäfte und Betriebe i. Deutschland M. 3.– (Postscheckk. Berlin 50-83). Auskunftei **Holtz,** Berlin-Lankwitz 1.

Elegante **Privat-Autos** vermietet Hansa 2784/85.

300 Bollvoilekleider, bedruckt und uni, abzugeben. Zuschriften erbeten unt. **J. D. 1832** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Gut erhaltene Büromöbel werden **billig** verkauft **Oranienstraße 193, Hof.**

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände
Kaufe Röntgenapparat nicht neu. Aeusserte Off. u. Ta. D. 8677 an Rudolf Mosse, Tauentzienstr. 2.

Perkals und Zefirs kaufen **Friedländer & Rappoport,** Neue Schönhauserstr. 16.

Gebrauchte starke Kisten, ca. 50×35×40 cm hoch, kauft **Schraubenindustrie, Berlin,** Brandenburgstraße 75.

Crepe de Chine, Helvetia, Trikotseide, auch kl. Post, kauft gegen Kasse **S. Silbermann,** Schönhauser Allee 166. Humb. 7688, 2929.

Konzern sucht gegen Kassa Mäntel u. Kostüme zu kaufen. Offerten Montag v. 9½–12 Uhr. **Eisenstaedt,** Frankfurter Allee 72.

Schraubenweichstahl, Flußeisen, blank od. roh., ⌀, 6kt., 4kt., bl. kompr. Wellen, Ia Material, **laufend unter Tagespreis** nur günstigst zu kaufen gesucht. **Schraubenindustrie, Berlin, Brandenburgstr. 75.**

Gebrauchte, jedoch gut erhaltene **Betonmischmaschine** und **Aufzugskranen** (elektrisch) sofort zu kaufen gesucht. **R. Pfeifer, Baugeschäft, Arys (Ostpr.).**

Kaufen Posten alte Waren Pneumatiks, Vollgummi, Schläuche, Gummischuhe zur sofortigen Verschiffung. Angebote unter **J. H. 1836** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Wir kaufen gegen Kasse
alle Arten Textilwaren und ganze Läger.
Taubenstrasse 12-13
Tel.: Merkur 5745, 5746
„Hafie"

Hochsommer-Gewitter über Berlin.

Morgen soll es wieder schön sein!

Die Büroangestellten, die sonst nachmittags die Straßen des Zentrums füllen, machten gestern notgedrungen eine halbe Ueberstunde. Kurz nach vier Uhr, als sie schon die Hüte aufhatten, krachte ein gewaltiger Donnerschlag, und schon prasselte der Gewitterregen nieder und jagte die, die etwa schon auf der Straße waren, ins Geschäft zurück. Die Entladungen dauerten freilich nur eine gute Viertelstunde, dann regnete es noch einen Augenblick ganz sanft und nach einer Stunde waren auf dem Asphalt nur noch einige Pfützen. Das Gewitter war vorüber, ohne daß eine wesentliche Abkühlung zu spüren war.

Die Fortsetzung folgte heute morgen. Die Leibesübungen, die ab 5½ Uhr von den frühaufstehenden Radiohörern nach den Kommandos des Vorhauses ausgeführt werden, oder werden sollten, waren nicht, wie sonst, nur von Musik begleitet. Unter Blitz und Donner ging man in die Kniebeuge, nach dem Rhythmus des prasselnden Regens mensendieckte man, und als ein besonders kräftiger Donnerschlag während eines Rumpfvorwärts-beugt" krachte, fiel mancher mitsamt seinen Kopfhörern unsanft auf den Fußboden, was ja schließlich auch eine Leibesübung ist. Aber als man dann dachte, das Gewitter wäre vorbei, ging es erst noch einmal richtig los und noch nach 8 Uhr blitzte und polterte es. Die Antenne war diesmal nicht umsonst geerdet.

Nach den Mitteilungen der Wetterdienststelle ist es möglich, daß es auch am morgigen Sonntag etwas regnen wird. Aber voraussichtlich werden es nur einige Tropfen sein; der Himmel wird ein Einsehen haben und meistenteils ein heiteres Gesicht machen: So werden wir denn ohne Radio, ohne Kommandos und ohne Musikbegleitung unsere Leibesübungen im Freien vornehmen können, wobei wir, wenn es vielleicht doch einmal donnern sollte, weicher fallen werden als heute früh am stillen Herd zur Sommerszeit.

Flugzeugunglück in Staaken.

Ein Pilot schwer verletzt.

Bei den Uebungen von Nachtlandungen verunglückte gestern abend auf dem Flugplatz in Staaken der 27 Jahre alte Flugzeugführer Paul Wolter aus der Drölestraße 16 in Weißensee mit einem Flugzeug der deutschen Verkehrsfliegerschule. In der Dunkelheit hatte Drölke das Flugzeug beim Landen zu scharf auf den Boden aufgesetzt, so daß es vollständig zertrümmerte. Hierbei erlitt Drölke schwere innere und äußere Verletzungen und wurde im bewußtlosen Zustande nach dem Kreiskrankenhaus in Spandau gebracht.

Schwerer Verkehrsunfall in Schöneberg.

Eine Person getötet.

Durch die Unachtsamkeit eines Chauffeurs wurde heute vormittag in der Haupt- Ecke Sponholzstraße in Schöneberg ein schwerer Verkehrsunfall verursacht, bei dem eine Person getötet und eine andere schwer verletzt wurde.

Der Malermeister Ernst Müller aus der Flensburger Straße 2 in Zehlendorf hatte mit seinem Gehilfen Walter Reich, aus der Poststraße 60 in Neukölln, auf einem Handwagen Malerutensilien befördert. In der Hauptstraße machten die beiden Rast. Sie hatten sich gerade auf den Handwagen gesetzt, als ein Lastkraftwagen herankam. Sein Schutzblech streifte den Malerwagen. Dadurch wurde der Malermeister und sein Gehilfe vom Wagen und unter die Räder des Lastkraftwagens geschleudert. Die beiden verunglückten Männer wurden entseblich zugerichtet. Der Malermeister Müller war bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Gehilfe Reich erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde durch die herbeigerufene Feuerwehr im hoffnungslosen Zustande nach dem St. Norbert Krankenhaus gebracht.

Der Fall von schwarzen Pocken.

Umfangreiche Schutzmaßnahmen der Behörden.

Der Todesfall an schwarzen Pocken in der Huttenstraße 25 in Charlottenburg, über den wir im Morgenblatt berichteten, hat die Behörden Veranlassung gegeben, umfangreiche Schutzmaßnahmen zu treffen, um eine Weiterverbreitung dieser gefährlichen Krankheit im Keime zu ersticken. Alle mit dem verstorbenen Kinde in Berührung gekommenen Personen, soweit dies bisher festgestellt werden konnte, sind von der Polizei im Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Quarantäne genommen worden. Das Kind hielt sich am Tage über bei dem Großvater in der Rostocker Straße in Moabit auf. Bei diesem wohnten noch drei Untermieter. Diese vier Personen wurden ebenfalls in Quarantäne gelegt, so daß jetzt insgesamt acht Personen im Virchow-Krankenhaus zur Beobachtung untergebracht worden sind. Irgendwelche Anzeichen von Pockenerkrankungen sind bei diesen Leuten bisher nicht bemerkt worden. Es ist daher anzunehmen, daß durch das schnelle Eingreifen der Aufsichtsbehörden, die auch die Bewohner der betreffenden Häuser einer sofortigen Schutzimpfung unterzogen haben, eine Weiterverbreitung dieser gefährlichen Seuchenkrankheit verhindert worden ist. Jedenfalls sind bis heute vormittag weitere unter Pockenverdacht erkrankte Personen den Behörden nicht gemeldet worden. Der Krankenwagen, mit dem das Kind nach dem Krankenhaus transportiert wurde, ist auf behördliche Anordnung sofort nach der Einlieferung in der Seuchenstation außer Betrieb gesetzt und einer eingehenden Desinfektion unterzogen worden. Auch die beiden Begleiter sind geimpft und den anderen Schutzmaßnahmen unterworfen worden. Es muß daher nochmals darauf hingewiesen werden, daß dieser Todesfall an schwarzen Pocken keinerlei Anlaß zur Beunruhigung bietet.

Fabrikbrand am Engelufer. Ein großer Fabrikbrand beschäftigte am Freitag abend die Berliner Feuerwehr am Elisabethufer 19, wo vor Jahren schon einmal ein Großfeuer ausgekommen war. Gegenüber dem Wasserkorbecken brannte auf dem zweiten Hofe im Quergebäude die Metallblech- und Metallwarenfabrik von Obernecк u. Co. Ausgekommen war der Brand in der Schleiferei im rechten Flügel des mächtigen fünfstöckigen Fabrikgebäudes. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als die Flammen schon aus den Fenstern emporschlugen. Als die Feuerwehr vor der Brandstelle erschien, war kein Schlüssel zu den verschlossenen eisernen Türen vorhanden. Diese und die Fenster mußten gewaltsam geöffnet werden, damit die Rohrführer eindringen konnten. Da auch das zweite Geschoß schon Feuer gefangen hatte und Qualm aus dem dritten Stock hervordrang, ließ Baurat Scheiner „Mittelfeuer" an alle Wachen melden und mit 1-B- und 4-C-Rohren angreifen. Dadurch gelang es der Wehr, eine weitere Ausdehnung zu verhüten und schwersten Schaden abzuwenden.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Warm und zeitweise heiter, etwas Gewitterneigung.

Das Land der teuren Eisenbahnen

Wo bleibt die Verbilligung des Fremdenverkehrs?

Antrag auf Einführung von Kilometerheften.

Von [Nachdruck verboten.]

S. Kolanowski,
Direktor des Fremdenverkehrsbureaus der Stadt Berlin.

Mit Gültigkeit vom 15. Juni 1925 erschien ein Nachtrag zum Reichs-Personen- und -Gepäcktarif, Teil II, der die Mitteilung enthielt, daß eine neue Fahrkartenart „Für Durchwanderer" eingeführt worden ist. Diese Durchwandererkarten, die gegenüber den gewöhnlichen Fahrkarten eine Ermäßigung von 33⅓ Prozent gewähren, werden nur an Personen ausgegeben, die über deutsche Seehäfen:

a) von außereuropäischen Ländern per Schiff ankommen und nach außerdeutschen Ländern weiterreisen,

b) von außerdeutschen Ländern ankommen und zu Schiff nach außereuropäischen Ländern weiterreisen.

Die Durchwandererkarten werden zunächst ausgegeben zwischen Hamburg und Bremen und einer Reihe von Grenzstationen. An Personen, die in Deutschland ansässig sind, wird die Ermäßigung nicht gewährt. Die Bestimmungen über Geltungsdauer und Fahrtunterbrechungen sind dieselben wie bei gewöhnlichen Fahrkarten. Die Ermäßigung wird für die zweite bis vierte Klasse gewährt.

Die Einführung der Durchwandererkarten bedeutet eine einschneidende Aenderung in der bisherigen Personentarifpolitik der deutschen Reichsbahnen, die nur dadurch möglich geworden ist, daß durch Umwandlung der Reichsbahn in eine Privatgesellschaft diese volle Freiheit erlangt hat, nach kaufmännischen Grundsätzen zu handeln. Unmittelbaren Anlaß zu diesem Vorgehen bot die Erkenntnis, daß die hohen deutschen Eisenbahnfahrpreise sehr viele Ausländer bewogen, unter Benutzung fremder Bahnen Deutschland zu umgehen, da infolge der Währungsunterschiede und der von jeher auf den Fremdenverkehr zugeschnittenen Tarifpolitik vieler ausländischen Eisenbahnen eine Reise über Frankreich, die Schweiz und Oesterreich nach der Tschechoslowakei sich trotz des Umweges billiger stellte als durch Deutschland. Die Durchwandererkarten bedeuten also nichts weiter als ein Mittel, der Konkurrenz der ausländischen Verkehrsunternehmungen zu begegnen, und es darf schon jetzt mit Genugtuung gesagt werden, daß nach den bisherigen Feststellungen die Maßnahme den beabsichtigten Erfolg gezeitigt hat. Der hierdurch erreichte Zufluß an durchreisenden Fremden kann nicht ohne Einfluß auf die Privatwirtschaft bleiben. Da die Durchwandererkarten Fahrtunterbrechung gestatten, darf angenommen werden, daß ein großer Prozentsatz dieser Reisenden die Gelegenheit benutzt, um in dem einen oder andern Ort längeren Aufenthalt zu nehmen.

Es entsteht aber doch die Frage, welche Mittel unter Mitwirkung der Eisenbahn angewandt werden könnten, um auch das zweite wertvollere zu erreichen, nämlich den Fremden möglichst lange im Lande festzuhalten. Deutschland steht in dem wenig angenehmen Rufe, eines der teuersten Länder der Erde zu sein, und als Grund für das fühlbare Nachlassen des Fremdenzuflusses wird in Ausländerkreisen immer wieder auf die übermäßig hohen Preise der Eisenbahn, Hotels und anderer für die Lebenshaltung des Fremden in Frage kommenden Betriebe hingewiesen.

Mein Vorschlag geht deshalb dahin, das Prinzip der Durchwandererkarte dahin zu erweitern, daß jeder Ausländer, der nach Deutschland fährt, an der Grenze eine Fahrkarte nach bestimmten deutschen Orten erhält, die nur für die Hinfahrt die gleiche Preisvergünstigung gewährt, wie die bereits eingeführten Durchwandererkarten. Als Endstation wären zweckmäßigerweise alle Städte mit über 50 000 Einwohnern zu wählen, von wo aus kleinere Städte oder Badeorte leicht zu erreichen wären. Die gleiche Vergünstigung sollten auch Durchreisekarten erhalten, die von einer Grenzstation zur anderen ausgegeben werden, soweit die bestehenden Tarife Fahrkarten für die betreffenden Strecken überhaupt vorsehen. Geltungsdauer, Fahrtunterbrechungen, wie bei den Durchwandererkarten. Die Möglichkeit, auf ermäßigte Fahrkarten n und durch Deutschland fahren zu können, würde zweifellos viele Au länder veranlassen, Deutschland wieder als Reiseziel ins Auge zu fassen, anstatt wie bisher fast ausschließlich and Länder zu berücksichtigen, die ähnliche Vergünstigungen schon f langem bieten, z. B. Italien, Tschechoslowakei. Eine Minde einnahme ist für die Reichsbahn nicht zu befürchten, da erwartende Belebung des Verkehrs über den Ausfall hinaus Ueb schüsse bringen müßte, ganz abgesehen davon, daß der inländis Verkehr durch Besserung der wirtschaftlichen Lage von selbst e Anregung erfahren würde. Fast jedes außerdeutsche Land besitzt e Einrichtung, die es dem Reisenden ermöglicht, seine Reis zu ermäßigten Preisen auszuführen, z. B. Gene Abonnements in der Schweiz, sogenannte Carnets in Fran reich, Rundreisefahrscheine oder Abonnements in Italie Kilometerhefte, feste und zusammenstellbare Rundreisekarten, Spanien usw. Selbst internationale zusammenstellbare Fa scheinhefte mit Preisermäßigung werden wieder außerhalb Deut lands und Oesterreichs ausgegeben. Nur der Reisende in Deut land muß, ganz gleich wohin und wie oft er fährt, voll Tarif bezahlen, der überdies die meisten ausländischen Ta erheblich überschreitet. Die Reichsbahn wird sich daher nicht Notwendigkeit verschließen können, auch innerhalb ihres Bere ihren „Großabnehmern" Vorzugspreise einzuräumen, wie dies anderen kaufmännischen Unternehmungen von jeher üblich war.

Verschiedene Zeitungsnotizen enthielten bereits Vorschläge, bis zum Jahre 1908 in Baden gebräuchliche Kilometerh wieder einzuführen. Diese Kilometerhefte erfreuten sich im Be der früheren großherzoglich badischen Staatsbahnen all meiner Beliebtheit, da ihre Benutzung bequem und einer Ermäßigung für den Inhaber verbunden war, so daß k eine Firma oder eine Familie ohne ein solches Heft war. Die He habung dieser Kilometerhefte, welche ein Jahr Gültigkeit hatten über 500 oder 1000 Kilometer ausgestellt wurden, war in fu Zügen so, daß der Inhaber des Heftes die zu befahrende Str selbst eintragen mußte, während an besonderen Schaltern auf Bahnhöfen der Beamte die entsprechende Kilometerzahl und Tagesstempel daneben setzte. Diese Eintragung in die Kilome hefte diente also gleichzeitig als Fahrausweis. Nach Rückgabe 1 Mark, zurückvergütet.

Die neuerdings bekanntgewordenen Vorschläge empfehlen Wiedereinführung dieser Kilometerhefte unter voller Anrech des regulären Fahrpreises. Die Vereinigung deutsc Reisebureaus hat aus diesem Grunde, um auch ihrerseits Förderung des Fremdenverkehrs nach Möglichkeit zu unterst bei der Reichsbahn den Antrag gestellt, Kilometerhefte nach f nischem System einzuführen. Diese Hefte werden für Mindestentfernung von 3000 Kilometern ausgegeben und können 1000 zu 1500 Kilometern — bis zur Gesamthöhe von 12 000 metern — erhöht werden. Die Gültigkeitsdauer dieser Hefte r sich nach der Kilometerlänge und beträgt drei, vier usw. Mo Die Ermäßigung, die diese Hefte gegenüber den einfachen Fa karten gewähren, und das wäre das Wesentliche an der Ne führung, beträgt 33⅓ Prozent. Einen weiteren Vorteil bieten spanischen Kilometerhefte dadurch, daß mehrere Angehör desselben Haushalts nur ein Heft zu lösen brauchen, dessen Ge kilometerzahl bei Benutzung durch zwei Personen nur 4000, Benutzung durch drei Personen 5000, bei Benutzung durch vier sonen 6000 Kilometer usw. zu betragen brauchte, so daß da jeder Person abzufahrenden Kilometer weit unter der sonst für Person erforderlichen Mindestzahl liegt. Um auch weiteren Kr die Vorteile der Kilometerhefte zugänglich zu machen, erschein zweckmäßig, die Bedingungen des spanischen Systems dahin ändern, daß Kilometerhefte schon für Entfernungen von 1000 metern ausgegeben würden. Der Prozentsatz für die Ermäßi müßte dann entsprechend gestaffelt werden, zum Beispiel 10 Pr für je 1000 Kilometer bis zur Höchstgrenze von 33⅓ Prozent. kann nicht eindringlich genug wiederholt werden, daß der Fren verkehr eine Industrie ist, deren Ausbau und Erstarkung Lebensnotwendigkeit für das ganze Land ist, deren verständnisvolle Pflege im eigensten Interesse Erfüllung selbstverständlichen Pflicht für alle Instanzen Behörden und Privatwirtschaft bedeutet.

Dr. Schacht über die Teuerung.

„Die Wirtschaft durch überflüssige Zwischenglieder überlastet."

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels seine Auffassung über die Ursachen der Warenverteuerung dahin erläutert, daß er ganz allgemein den volkswirtschaftlichen Apparat für überlastet ansehe. Er sei der Ansicht, daß in der Inflationszeit eine Reihe von überflüssigen Zwischengliedern in die Warenverteilung eingedrungen seien, die sich aber heute noch nicht hätten daraus entfernt werden können, die sich aber unter dem Zwange der Kapitalknappheit auf die Dauer nicht als lebensfähig erweisen würden. Dr. Schacht erkennt durchaus an, daß die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen, die in den meisten Artikeln das Friedensverhältnis überschritten habe, auch durch die hohen Steuern, Frachten, Soziallasten und Zinsen mitverursacht sei, und bemerkt, daß er weder bei seiner Rede in Frankfurt a. O. noch bei anderen Anlässen dem Eingelhandel die Schuld an der Warenverteuerung zugeschoben habe.

Immer neue Opfer der Berge.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

 # Bern, 8. August.

Beim Aufstieg auf den Pic Rosabsch von Pontresina aus stürzte der Berliner Hans v. Borsig infolge eines Schwindelanfalles ab. Sein ihn begleitender Bruder alarmierte die Rettungskolonne Pontresina, die die Leiche barg. Der Regierungsbaurat Max Deißler aus Nürnberg, der eine Bergtour in das Silvrettagebiet plante, wird, wie die Polizei in Chur mitteilt, seit dem 20. Juli vermißt. Man befürchtet, daß er verunglückt ist. Für seine Auffindung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Beim Aufstieg auf den Auberg im Kanton Schwyz stürzte die 26jährige Frau Gertrud Amberger aus Ziegelheim bei Heidelberg infolge eines plötzlichen Schwindelanfalles vor den Augen ihres Gatten in die Tiefe.

Durchgebrannt. Der Chef eines Leipziger Textilwarengeschäftes, Hepner, und sein Geschäftsführer Gutland sind, wie unser ✕-Korrespondent meldet, unter Hinterlassung einer Schuldenlast von 65 000 Mark durchgebrannt. Die beiden betrieben, wie sich herausstellte, ein Schwindelunternehmen. Durch den Zusammenbruch ist eine Anzahl Fabrikanten schwer geschädigt worden. Hepner soll sich nach Polen, Gutland Paris gewandt haben.

Das Explosionsunglück in San Martin

16 Personen getötet.

(Meldung der Funktation Rudolf Mosse-Ho

Ravenna, 8. Augu

Bei der Explosion des Pulvermagazins in Martino, über das bereits berichtet wurde, sind nach der vorliegenden Mitteilungen 16 Personen ums Leben kommen. Zahlreiche Personen wurden verwundet,

Direkte Telephonverbindung Frankfurt a. M.—Londo

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

 # Frankfurt, 8. Augu

Gestern ist es nach langen Versuchen gelungen, zum ersten zwischen Frankfurt und London eine direkte Telephonverbi zu erreichen. Es gelang ohne jede Störung so vollkomme deutlich, mit Londoner Stellen sich telephonisch zu unterhalte ob es sich um ein Frankfurter Stadtgespräch ha Die Versuche werden in Frankfurt von der telephontechnischen Suchabteilung bei der Oberpostdirektion durchgeführt. Dieser große Erfolg der Telephontechnik ist dadurch e licht, daß die bestehenden oberirdischen Leitungen Frankfurt—Köln—Amsterdam mit dem englisch-holländischen unterir schen Fernkabel Amsterdam—London durchgeschlossen w Das schwierige technische Problem, die entstehende Dämpfun Stromabschwächung zu überwinden, scheint damit auch für in dieser Hinsicht besonders anspruchsvolle Strecke gelöst zu

Gottesdienst im Rundfunk. In diesen Tagen ist Sankt Bartholomäikirche in Norwich ein Gottesdienst abge worden, zu dem Predigt und Orgelspiel von der Kirche St. M in-the-Fields in London, Trafalgar Square, aus durch Rund übermittelt und der Gemeinde in Norwich durch Lauts bekanntgegeben wurde. Die Uebermittlung war klar und deutl man hörte sogar die Gemeinde in St. Martin zweimal über Aeußerungen ihres Predigers lachen. . . .